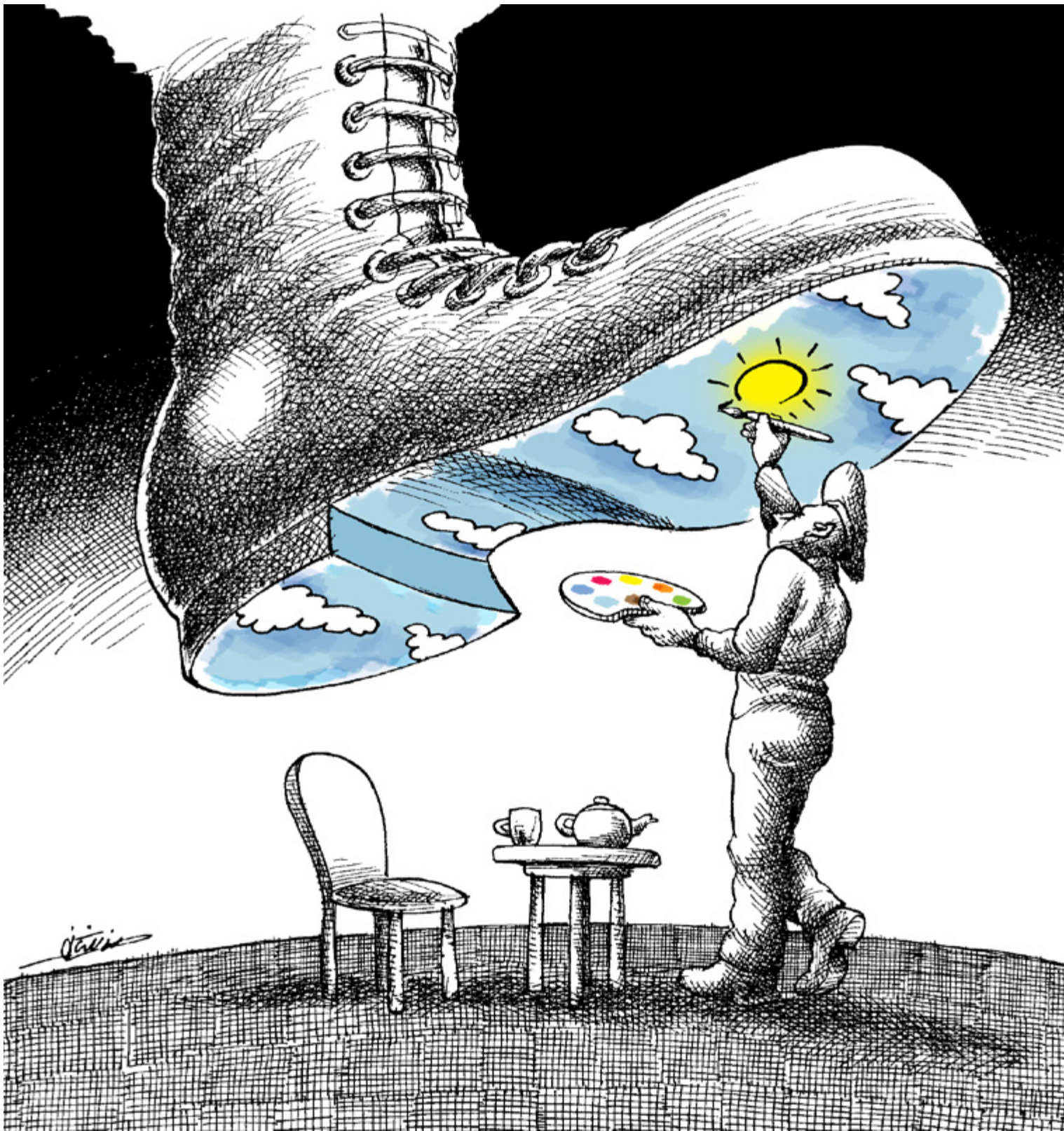


Die Macht von Humor

_____ **Schwerpunkt:** Politische Satire in Zeiten des Medienwandels _____ **Meinung:** Ruanda muss für Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen in der DR Kongo zur Rechenschaft gezogen werden _____

Aus aller Welt: Studentinnen in Algerien kämpfen gegen Stereotype





Der Konflikt in der DR Kongo hält an, S. 5.

Foto: dpa / Belga / Timon Ramboer

„Viele Expressdienste in Afrika funktionieren als korrupte Systeme.“

Hafte Gebreselassie Gebrihet, S. 8

Meinung — 5

5 Ruanda muss für seine Rolle in der DR Kongo zur Verantwortung gezogen werden
Denise Zaneza

7 Der Ressourcenreichtum der DR Kongo war für das Land bislang mehr Fluch als Segen
Katharina Wilhelm Otieno

8 Basisdienstleistungen als Premium-Option zu Aufpreisen verstärken vielerorts die soziale Kluft
Hafte Gebreselassie Gebrihet

10 Finanzierung der Gesundheitsversorgung in Afrika nach den USAID-Kürzungen
Ralph Achenbach

Aus aller Welt — 13

13 Studentinnen in Algerien kämpfen gegen Vorurteile an
Khadidja Kelalech

16 Weltweit wachsen die Unterschiede in der Lebenszufriedenheit
Khushboo Srivastava

18 Ghanas hausgemachte Haushaltskrise zeigt: Entwicklungsländer müssen ihre fiskalischen Probleme selbst lösen
J. Atsu Amegashie

21 Um Ernährungssicherheit in Afrika zu verbessern ist es wichtig, nationale Agrarforschung zu stärken
Hans Dembowski

26 Heutzutage: Illegale Fischerei bedroht in Kenia Lebensgrundlagen und Artenvielfalt
Joseph Maina



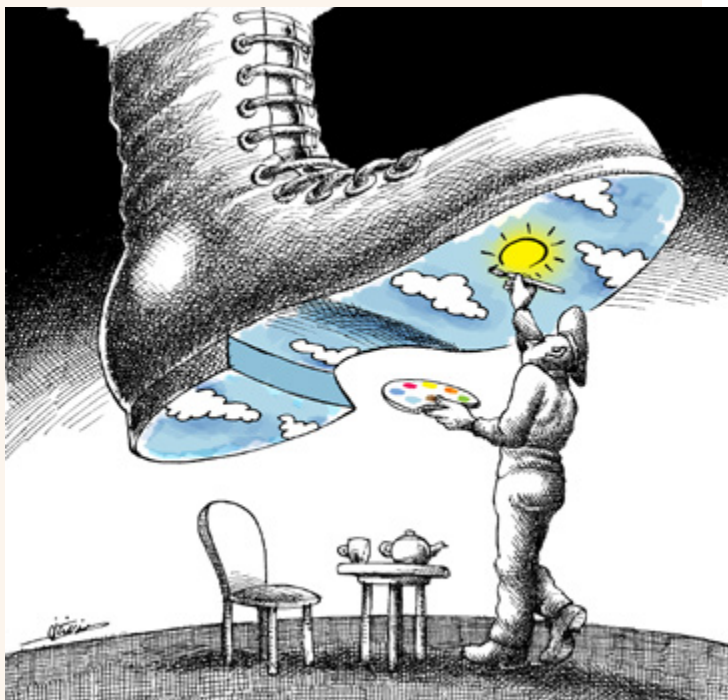
Foto: dpa / Hans Lucas / Jean-Francois FORT

Forschung zu Lieferketten kann helfen, die Versorgung mit Lebensmitteln in Afrika zu verbessern, S. 21.

28 — Schwerpunkt — Die Macht von Humor

Weltweit setzen sich Satiriker*innen mutig für demokratische Werte ein, oft unter extrem schweren Bedingungen. Mit ihrer Kunst eröffnen sie Freiräume und stellen Autoritäten in Frage. Auf der anderen Seite nutzen auch extremistische Kräfte Humor für ihre politischen Zwecke: Sie verhöhnen Andersdenkende und ziehen demokratische Werte ins Lächerliche. Es ist wenig hilfreich, dass politische Debatten zunehmend in digitalen Räumen stattfinden, denen es an Transparenz, fairen Regeln und deren Durchsetzung mangelt.

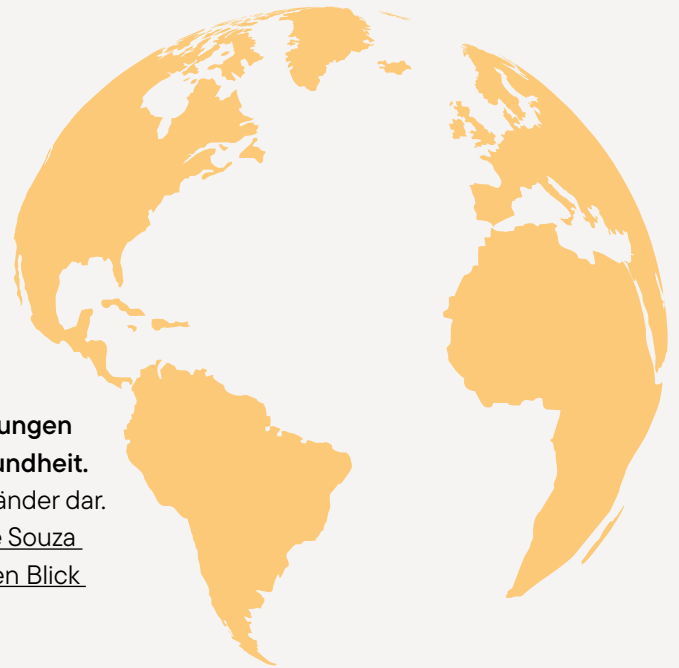
Foto: Mana Neyestani



Titelbild: Zeichnung des iranischen Karikaturisten Mana Neyestani (siehe Interview, S. 43).

- 29 Politischer Humor lässt sich für die Verteidigung demokratischer Grundwerte einsetzen – aber auch für Extremismus**
Jörg Döbereiner
- 30 „Mit meinen Arbeiten versuche ich, ein Gefühl der Solidarität zu schaffen“**
Interview mit Khalid Albaih
- 35 In Indien stellen weibliche Comedians traditionelle Normen in Frage**
Ipsita Sapra
- 38 Witzige Inhalte, tragische Hintergründe: Memes in Kenia**
Alba Nakuwa
- 40 Wie erfolgreicher humorvoller Protest funktioniert**
Sophia A. McClennen und Srdja Popovic
- 43 „Die wichtigste Aufgabe selbst des unpolitischsten Künstlers ist es, frei zu denken“**
Interview mit Mana Neyestani
- 46 Von den TV-Shows der 1980er-Jahre zu Social Media: politischer Humor auf den Philippinen**
Angelo R. Lacuesta
- 49 „Satire erscheint manchen heute wie der bessere Journalismus“**
Interview mit Tim Wolff
- 51 Wie die extreme Rechte Humor für ihre Zwecke nutzt**
Mirco Göpfert und Konstanze N’Guessan

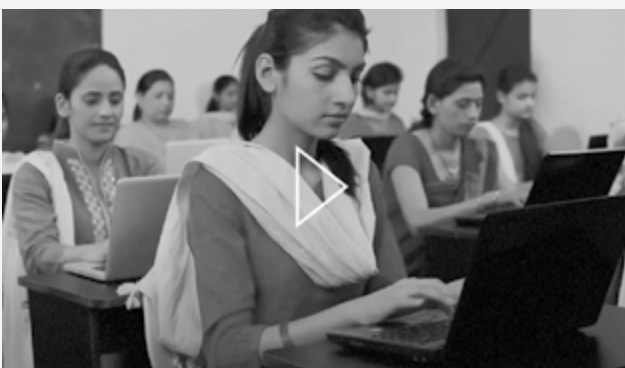
40%



der Weltbevölkerung leben in Ländern, in denen die Regierungen mehr für Zinszahlungen ausgeben als für Bildung oder Gesundheit. Die BRICS+ stellen sich zunehmend als Fürsprecher solcher Länder dar. Der brasilianische Wirtschaftswissenschaftler André de Mello e Souza hat für unseren Schwerpunkt zu Entwicklungsfinanzierung einen Blick auf ihre tatsächliche Rolle – und neue Potenziale – geworfen.

Die gute Nachricht

In letzter Minute, aber immerhin: **Rund 200 Länder einigten sich Ende Februar auf der 16. UN-Konferenz über biologische Vielfalt (COP16)** in Rom auf einen mehrjährigen Finanzierungsplan und einen Überwachungsmechanismus für den Schutz von Natur und Biodiversität. Umweltorganisationen sind zufrieden. Vier Monate nach dem ersten gescheiterten Versuch im kolumbianischen Cali ist dies ein Hoffnungsschimmer – multilaterale Zusammenarbeit funktioniert offensichtlich auch ohne die USA.



Warum Nationen ohne Gleichberechtigung scheitern

Dieses Video auf dem YouTube-Kanal des „Economist“ beschäftigt sich mit unserem Schwerpunktthema im Februar: **Der Stand der Frauenrechte ist ein Barometer für freie Gesellschaften. Staaten, die hier versagen, scheitern in der Regel auch allgemein.** Unbedingt ansehen!

Wie kann der Privatsektor die Entwicklung eines Landes befördern? Hierzu sprachen wir mit den Unternehmern Helmy Abouleish und Richard Rugendo, dem Ökonomen James Shikwati sowie dem ehemaligen Vorsitzenden der European Development Finance Institutions, Bruno Wenn. Dieses Zitat von Richard Rugendo gehörte zuletzt zu den beliebtesten auf unserem Facebook-Kanal:

„Eine gesunde, gut ausgebildete Bevölkerung ist Voraussetzung für Produktivitätssteigerung und Innovation.“

RICHARD RUGENDO

Unternehmer und Gründer von Kevian Kenya Limited



Foto: dpa / Belga / Timon Ramboer

Die Bodenschätze, die den Konflikt in der DR Kongo begründen, sind für die Weltwirtschaft mittlerweile unverzichtbar – wie das benachbarte Ruanda sehr wohl weiß.

KONFLIKT

Ruanda muss zur Verantwortung gezogen werden

Die DR Kongo ist seit Langem von Konflikten gezeichnet, besonders im Osten des Landes. Im Mittelpunkt der aktuellen Kämpfe steht die Verwicklung des Nachbarlandes Ruanda. Das Regime des ruandischen Präsidenten Paul Kagame beutet die reichen Bodenschätze des Landes aus, sorgt durch die Unterstützung von Rebellen Gruppen bewusst für Instabilität und begeht schwere Menschenrechtsverletzungen.

VON DENISE ZANEZA

Die DR Kongo verfügt über enorme Bodenschätze, darunter Coltan, Gold und andere wertvolle Mineralien, die für die Weltwirtschaft wesentlich sind. Anstatt jedoch als Grundlage für nationalen Wohlstand zu dienen, sind diese Ressourcen zu einer Konfliktquelle geworden, was vor allem auf externe Ausbeutung zurückzuführen ist.

Eine Expertengruppe der Vereinten Nationen hat die Verbindungen Ruandas zum illegalen Mineralienhandel doku-

mentiert und festgestellt, dass von Ruanda unterstützte Rebellen Gruppen, insbesondere die Bewegung 23. März (M23), die Kontrolle über Bergbaugebiete im Osten der DR Kongo übernommen haben. Diese Gruppen schmuggeln Mineralien über die Grenze nach Ruanda, wo sie in internationale Lieferketten integriert werden. Dieser illegale Handel bringt die DR Kongo nicht nur um dringend benötigte Einnahmen, sondern heizt auch den anhaltenden Konflikt an, da bewaffnete Gruppen um die Kontrolle über rohstoffreiche Gebiete kämpfen.

Die offiziellen Exportzahlen Ruandas nähren weiteren Verdacht. Trotz eher begrenzter heimischer Mineralienreserven hat das Land einen erheblichen Anstieg der Ausfuhren von Mineralien wie Coltan gemeldet. Diese Diskrepanz deutet darauf hin, dass ein bedeutender Anteil dieser Ausfuhren aus der DR Kongo stammt und über ruandische Kanäle gewaschen wird, um seine tatsächliche Herkunft zu verschleiern.

Ruandas Unterstützung für Rebellenbewegungen im Osten der DR Kongo ist eine bewusste Strategie, um die Region zu destabilisieren, Einfluss auf ressourcenreiche Gebiete zu nehmen und Mineralienabbau und -schmuggel so zu erleichtern. Durch die Unterstützung von Gruppen wie der M23 schafft Ruanda einen anhaltenden Konflikt, der es der DR Kongo schwierig macht, eine wirksame Staatsführung aufzubauen und ihr Gebiet zu sichern. Ruanda kann seine Ausbeutung mit minimalem Widerstand fortsetzen und wirtschaftlich profitieren, während die DR Kongo im Konflikt versinkt.

Der Konflikt kostet viele Menschen das Leben, wobei die Zivilbevölkerung die Hauptlast der Gewalt zu tragen hat. Von Ruanda unterstützte Gruppen, insbesondere die M23, werden schwerer Menschenrechtsverletzungen, einschließlich systematischer sexueller Gewalt, beschuldigt.

STRATEGISCHE VERGEWALTIGUNGEN

Berichte von Organisationen wie Human Rights Watch und UNICEF haben zahlreiche Fälle von Vergewaltigung und sexueller Nötigung durch bewaffnete Gruppen im Osten der DR Kongo dokumentiert. In einer einzigen Woche meldeten Gesundheitseinrichtungen 572 Vergewaltigungsfälle. 170 Kinder waren betroffen. Diese Gräueltaten werden als Kriegswaffe eingesetzt, um die Bevölkerung zu terrorisieren und zu unterjochen. Die Frequenz solcher Taten unterstreicht die brutalen Taktiken, die diese Gruppen anwenden.

Die internationale Gemeinschaft hat die Verwicklung Ruandas in die anhaltende Krise in der DR Kongo zunehmend anerkannt. Bei seinem jüngsten Besuch im Land betonte der Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH), Karim Khan, dass Personen, die an internationalen Verbrechen in der DR Kongo beteiligt sind, zur Rechenschaft gezogen werden. Im Februar nahm das Europäische Parlament eine Resolution an, in der es die Europäische Union aufforderte, die direkte Budgethilfe für Ruanda einzufrieren. Außerdem forderte es die Aussetzung von Vereinbarungen mit Ruanda über die Lieferung strategischer Mineralien, bis Ruanda seine Einmischung in kongolesische Angelegenheiten einstellt. Mitte März verhängte die EU schließlich unter anderem Sanktionen gegen ruandische Armeekommandeure, hochrangige Mitglieder der M23 und den Leiter der ruandischen Bergbaubehörde.

Anfang dieses Monats setzte Deutschland neue Entwicklungsgelder für Ruanda aus. Auch das Vereinigte Königreich stellte seine bilaterale Hilfe für Ruanda ein. Kanada kündigte mehrere Maßnahmen an, darunter die Suspendierung von Ausfuhrlizenzen für kontrollierte Güter und Technologien nach Ruanda, die Aussetzung neuer Geschäftsbeziehungen zwischen den Regierungen und die Neubewertung der Teilnahme an internationalen Veranstaltungen, die von Ruanda ausgerichtet werden.

Diese Entwicklungen haben erhebliche wirtschaftliche Auswirkungen auf Ruanda. Das Land erzielte beträchtliche Einnahmen aus dem Export von Rohstoffen. Die Verschuldung Ruandas im Verhältnis zum BIP ist gestiegen, und Hilfskürzungen und Wirtschaftssanktionen werden die Wirtschaft des Landes weiter destabilisieren.

Darüber hinaus hat die DR Kongo internationale Organisationen und Unternehmen aufgefordert, ihr Engagement in Ruanda zu überdenken. So hat die Außenministerin beispielsweise die Formel 1 aufgerufen, ihre Pläne für einen Grand Prix in Ruanda zu streichen und dabei auf den anhaltenden Konflikt und die Rolle Ruandas bei der Aufrechterhaltung der Gewalt hingewiesen.

Diese Rolle ist bestimmt durch ein komplexes Zusammenspiel von wirtschaftlichen Interessen und strategischen Manövern, die allesamt auf Kosten von Menschenrechten und regionaler Stabilität gehen. Die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen, das vorsätzliche Anheizen der Instabilität und kontinuierliche Menschenrechtsverletzungen halten den Kreislauf von Konflikt und Leid im Osten der DR Kongo aufrecht.

Paul Kagame und sein Regime müssen durch internationale Justizmechanismen für Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen zur Rechenschaft gezogen werden. Die internationale Gemeinschaft muss der DR Kongo bei ihren Friedensbemühungen und dem ruandischen Volk bei seinem Kampf für eine echte Demokratie zur Seite stehen. Es ist an der Zeit, entschlossen zu handeln, um die Ausbeutung durch das Kagame-Regime zu beenden und einen dauerhaften Frieden in der Region zu sichern.



DENISE ZANEZA

ist eine Menschenrechtsaktivistin aus Ruanda. Sie lebt in Belgien.

mzaneza@gmail.com

RESSOURCENKONFLIKT

No Congo, no phone

Die Demokratische Republik Kongo befindet sich seit Jahrzehnten immer wieder in Kriegen oder kriegsähnlichen Zuständen. Der Hauptgrund dafür ist ihr Ressourcenreichtum, von dem Technologie und Weltwirtschaft erheblich profitieren – nur das Land selbst nicht.

VON KATHARINA WILHELM OTIENO

Foto: dpa / Middle East Images / Mouneb Taïm



Ohne Rohstoffe aus der DR Kongo hätten viele von uns keine Smartphones.

Im Februar forderten Protestierende in Den Haag einen Stopp der Kämpfe im Osten der DR Kongo. Ein Foto fiel mir dabei besonders ins Auge. Auf einer bemalten Papppe war zu lesen: „No Congo, no phone“.

Diese vier Worte verdeutlichen allen, denen die katastrophale humanitäre Situation bisher nicht Grund genug war, hinzusehen: Der Dauerkonflikt in der Region geht uns alle an. Die DR Kongo produziert 30 bis 40 Prozent des global verarbeiteten Coltans. Das Erz ist Bestandteil jedes Computers und Smartphones. Erstaunlicherweise ist aber nicht die DR Kongo, sondern Ruanda mittlerweile der größte Coltan-Exporteur.

Es gilt als gesichert, dass Ruanda die Konfliktpartei M23 unterstützt, eine Rebellenarmee, die tonnenweise illegal abgebautes Coltan über die Grenze schmuggelt. In Ruanda gelangt der Rohstoff dann offiziell auf den Weltmarkt.

Ruanda galt dem Westen lange als afrikanischer Vorzeigepartner. Die letzte britische Regierung wollte Geflüchtete dorthin schicken, und große europäische Fußballclubs

empfehlen ebenfalls auf ihren Trikots: „Visit Rwanda“. Es hat eine Weile gebraucht, bis die Industrienationen gemerkt haben – oder merken wollten –, dass Paul Kagames Regime ein faules Spiel betreibt. Mittlerweile hagelt es Sanktionen und Verurteilungen.

DR KONGO VERSUS APPLE

Gleichzeitig läuft seit Dezember allerdings nach wie vor eine Klage der DR Kongo gegen Apple. Darin wirft die Regierung den französischen und belgischen Tochtergesellschaften der amerikanischen Firma vor, in von bewaffneten Gruppen betriebenen Minen illegal abgebaute Rohstoffe aus eben jenem Konfliktgebiet über Ruanda zu schmuggeln. Ab dort gelten die Rohstoffe dann als „sauber“ – und somit auch Apples Lieferkette. Dass Donald Trump nun offenbar den Vater seines Schwiegersohnes als Sondergesandten in die Region der Großen Seen schicken will, zeigt, wie wichtig die Schätze dieser Gegend für die globalen Märkte sind.

Die aktuelle Zuspitzung des Konflikts im Osten der DR Kongo hat auch ethnische Dimensionen – Gruppen wie die Tutsi-geführte M23 entstanden unter anderem, weil die Tutsi-Minderheit in der DR Kongo diskriminiert wird. Aber der Kampf um Rohstoffe ist der Hauptgrund, aus dem die Region seit Jahrzehnten nicht zur Ruhe kommt.

Der unstillbare Appetit der Welt auf Rohstoffe schafft ein System, von dem reiche Länder und lokale Eliten profitieren. Die kongolesische Bevölkerung zahlt den Preis.



KATHARINA WILHELM OTIENO

ist Redakteurin bei E+Z und arbeitet zeitweise in Nairobi.

euz.editor@dandc.eu

GOVERNANCE

Ungleichheit im Schnellverfahren

Weltweit werden Basisdienstleistungen als Premium- oder Expressoption gegen einen Aufpreis angeboten. Insbesondere in Gesellschaften mit hoher Armutsrate, wie in vielen Ländern Afrikas, verschärft dieses Modell die sozioökonomische Kluft. Es schafft ein Zweiklassensystem dort, wo Gleichheit Standard sein sollte – etwa bei staatlichen Dienstleistungen oder im Gesundheitswesen. Korruption bei den jeweiligen Behörden oder Anbietern verschärft das Problem.

VON HAFTE GEBRESELASSIE GEBRIHET

Wer sich sogenannte „Premium-Dienste“ leisten kann, erspart sich langes Warten auf lebenswichtige Gesundheitsversorgung, Bildung oder staatliche Dienstleistungen. Wer nicht zahlen kann, bleibt zurück. So entsteht ein System, in dem Wohlstand mehr zählt als Bedürftigkeit.

Ein Paradebeispiel sind Visa- oder Passverfahren, bei denen nicht nur dubiose Drittanbieter das Bedürfnis nach einer schnellen Bearbeitung von Visumanträgen mit hohen Gebühren für „Schnellverfahren“ ausnutzen. Auch staatliche Stellen bieten reichen Bürger*innen inzwischen Premiumdienste an. Die äthiopische Einwanderungs- und



Foto: dpa / NurPhoto / Marc Fernandes

Reisende warten mit ihren Papieren am Flughafen in Addis Abeba. Vielerorts erleichtern Schnellverfahren die Visabeschaffung – zumindest für Wohlhabende.

Staatsangehörigkeitsbehörde etwa hat ein zweistufiges Passverfahren eingeführt: Wohlhabendere können im Expressverfahren einen Pass für 25 000 äthiopische Birr beantragen, das entspricht rund 210 Dollar. Die Standardgebühr beträgt umgerechnet etwa 42 Dollar. Diese Gebühr entspricht bereits dem Zwölffachen des monatlichen Mindestlohns von rund 3,51 Dollar im öffentlichen Dienst.

Manche Universitäten bieten gegen eine Extragebühr ebenfalls eine beschleunigte Bearbeitung von Bewerbungen an und verschärfen somit die Ungleichheit beim Zugang zu Bildung. Privatversicherungen und -kliniken werden seit Langem als Premium-Service im Gesundheitssektor gesellschaftlich akzeptiert. Wohlhabendere werden schneller und besser behandelt, alle anderen müssen längere Wartezeiten und weniger Leistungen in Kauf nehmen. Das kann ernste Folgen haben.

„Diese Zahlungsmodelle vertiefen die sozioökonomische Kluft, spiegeln bestehende Ungleichheiten wider und fördern die Frustration über staatliche Einrichtungen.“

ETHISCHE SACKGASSE

Das ethische Problem solcher Dienste geht über Nachteile für Einzelne hinaus und betrifft das Gewinnstreben dieser Unternehmen und Institutionen. Sie ermöglichen es reichen Menschen, die üblichen Prozesse zu umgehen, und binden dafür Ressourcen. So erwirtschaften sie Gewinne auf Kosten von Qualität und Effizienz für die Allgemeinheit.

Diese Zahlungsmodelle vertiefen die sozioökonomische Kluft, spiegeln bestehende Ungleichheiten wider und fördern die Frustration über staatliche Einrichtungen. Dadurch wird stellenweise der Eindruck verstärkt, dass diese Einrichtungen den Bedürfnissen der Wohlhabenden dienen und auf diese zugeschnitten sind, was zu Lasten aller anderen geht. Es ist daher wenig überraschend, dass in vielen afrikanischen Ländern das Vertrauen in Regierung und öffentliche Dienste schwindet.

Dies liegt auch daran, dass viele Expressdienste in Afrika nicht an klare Gebühren oder offizielle Zahlungssysteme gebunden sind. Sie funktionieren vielmehr als korrupte Systeme, in denen die Fälle schneller bearbeitet werden, die sich an die Regeln der geheimen Bargeldübergabe halten oder den Personen mobil Geld schicken, die ihre Angelegenheit betreuen.

Wenn Anbieter von Dienstleistungen Profit über einen gerechten Zugang stellen, setzen sie den Kreislauf der Benachteiligung fort, der Initiativen zur Entwicklung und Armutsbeseitigung entgegenwirkt. Marginalisierte Gruppen tragen dabei oft die Hauptlast. Das Modell behindert Bemühungen, wie sie beispielsweise in den SDGs (Sustainable Development Goals – Ziele für nachhaltige Entwicklung) zum Ausdruck kommen, Ungleichheiten zu verringern und Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen zu fördern.

Es ist entscheidend, dass Politik und Zivilgesellschaft diese ungerechten Praktiken und die Korruptionssysteme, die sie ermöglichen, in Frage stellen. Wenn Wohlhabende Sonderdienste wünschen, sollte dies zumindest nicht auf Kosten bestehender Angebote gehen. Dienstleistungsanbieter müssen sicherstellen, dass Premium-Optionen nicht die Qualität der Standarddienste beeinträchtigen, weil Kapazitäten oder Ressourcen vorrangig für Erstere eingesetzt werden. Durch Investitionen in eine bessere Infrastruktur, mehr Personal und Rationalisierung von Prozessen ist mehr Effizienz für alle möglich, unabhängig vom Einkommen.

Sind solche systemischen Verbesserungen nicht möglich, sollten Institutionen überdenken, ob es legitim ist, überhaupt Premium-Dienste anzubieten. Ziel muss es sein, Systeme zu schaffen, die allen gleichermaßen dienen und nicht nur jenen, die das Geld haben, um für einen besseren und schnelleren Service zu zahlen.



HAFTE GEBREELASSIE GEBRIHET

ist Postdoctoral Research Fellow an der Nelson Mandela School of Public Governance an der Universität Kapstadt (UCT). Er erforscht insbesondere den Aufbau demokratischer Regierungsführung und resilienter Institutionen in Afrika, besonders hinsichtlich der UN-Agenda 2030 und der Afrika-Agenda 2063.

hafte.gebrihet@uct.ac.za

USAID

Mehr Gesundheit fürs Geld

Ein Großteil der USAID-Gelder für Afrika floss bisher in Gesundheitsprojekte. Das ist vorbei. Afrikanische Länder müssen nun in Gesundheit investieren – und auch die deutsche Entwicklungszusammenarbeit ist gefragt.

VON RALPH ACHENBACH



Foto: Amref Health Africa/Amaru Photography

Ein Gesundheitshelfer untersucht Neugeborene während eines Amref-Einsatzes in Zentralmalawi.

Die Welt der Entwicklungszusammenarbeit ist ins Wanken geraten, und große Teile der bisherigen Gesundheitskooperation liegen in Trümmern: Die Entscheidung der USA unter Präsident Trump, die USAID-Gelder einzustellen und aus der Weltgesundheitsorganisation (WHO) auszutreten, trifft insbesondere die Gesundheitssysteme auf dem afrikanischen Kontinent. In den letzten fünf Jahren floss rund ein Drittel der US-Entwicklungshilfe nach Afrika, ein Großteil davon wurde in den Gesundheitssektor investiert.

Die abrupten Kürzungen treffen auch Afrikas größte Gesundheits-NGO Amref Health Africa mit voller Wucht. Amref bildet Fachkräfte aus und stellt medizinische Grundversorgung für jährlich fast 20 Millionen Menschen auf dem Kontinent bereit. Für das laufende Jahr fehlt plötzlich ein Fünftel des Gesamtbudgets, und 15 lebenswichtigen Gesundheitsprojekten wurde über Nacht der Finanzierungsstecker gezogen. In Äthiopien fallen für 5 000 junge Menschen die Bildungs- und Arbeitsförderprogramme aus, in Malawi riskieren 20 000 schwangere Frauen, HIV an ihre

Kinder zu übertragen, und in Tansania können 500 000 Tuberkulose-Screenings nicht mehr durchgeführt werden, was die Verbreitung der Krankheit begünstigt. Der Finanzierungsstopp gefährdet unmittelbar Menschenleben.

EIN WECKRUF MIT ANSAGE

Viele sprechen davon, dass der US-Rückzug ein Weckruf sei. Er wirft grundsätzliche Fragen auf: War dieses Finanzierungssystem jemals nachhaltig, wenn es derart von Entscheidungen im fernen Washington abhängig ist? Und wie kann es nun weitergehen? Klar ist, dass andere Länder kaum in die Bresche springen werden. Die Niederlande und das Vereinigte Königreich haben bereits drastische Kürzungen in der Entwicklungszusammenarbeit angekündigt, und auch in Deutschland ist unklar, welchen Kurs die künftige Bundesregierung einschlagen wird.

Anfang März 2025 trafen sich führende Köpfe aus Afrikas Gesundheitswesen in Kigali, Ruanda, zur Africa Health Agenda International Conference (AHAIC), ausgerichtet von Amref, den Africa Centres for Disease Control and Prevention und dem WHO-Regionalbüro für Afrika. Die Delegierten verstanden die aktuelle Situation auch als Chance, um wichtige Veränderungen auf den Weg zu bringen. Was in ihren Augen nun getan werden muss:

1. Selbstverantwortung: Afrikanische Regierungen müssen ihre Gesundheitsausgaben erhöhen und sie als Investition verstehen. Sie müssen Produktions- und Lieferkettenkapazitäten verbessern und Forschung fördern. Dafür werden Partnerschaften mit der Privatwirtschaft entscheidend sein. Denn selbst wenn alle Länder die Abuja-Erklärung umsetzen und 15 Prozent ihrer Steuereinnahmen in das Gesundheitswesen investieren – was aktuell nur zwei afrikanische Länder schaffen – würden die Mittel nicht ausreichen. Das Bruttoinlandsprodukt aller Länder Subsahara-Afrikas beträgt rund 2 Billionen Dollar. Bei einer durchschnittlichen Steuerquote von 15 Prozent und einer Bevölkerung von ca. 1,2 Milliarden wären pro Kopf weniger als 40 Dollar für Gesundheitsausgaben verfügbar. In Ländern wie Deutschland sind es rund 4 000 Dollar.

2. Solidarität: Afrikanischen Regierungen müssen ihre Steuersysteme reformieren, um mehr Mittel für Gesundheitsversorgung zur Verfügung zu haben. Das allein wird aber nicht reichen. Laut dem neuesten UNDP-Report übersteigen die Zinszahlungen in 56 Entwicklungsländern zehn Prozent der Staatseinnahmen. Aktuell zahlen rund die Hälfte der afrikanischen Länder mehr für Schuldentilgung als für Gesundheit. Insbesondere bei Ländern mit geringer Wirtschaftsleistung ist ein Schuldenerlass wohl



Eine von Amref temporär aufgebaute kommunale Gesundheitsstation in Chifra, im Norden Äthiopiens.

unumgänglich. Dort, wo dies zwischenzeitlich mit internationaler Unterstützung abgefedert wird, dürfen die Mittel nicht weiter über Organisationen im Globalen Norden abgewickelt werden, sondern müssen direkt an afrikanische zivilgesellschaftliche Organisationen fließen. Diese können vor Ort Prioritäten setzen. So würden auch koloniale Kontinuitäten vermieden.

3. Systemischer Wandel: Mehr Geld für Gesundheit allein reicht nicht – es muss auch effizient eingesetzt werden. Anstatt den Fokus ausschließlich auf die teure Finanzierung akuter medizinischer Versorgung zu legen, braucht es vor allem ein Konzept für Prävention. Die Grundlage dafür ist eine starke Basisversorgung. Auch der Schwerpunkt auf Infektionskrankheiten ist nicht mehr zeitgemäß: Nicht übertragbare Krankheiten wie Bluthochdruck und Diabetes sind in Afrika auf dem Vormarsch und bereits jetzt für die Hälfte der Krankenseinweisungen und über ein Drittel der Todesfälle in Subsahara-Afrika verantwortlich. Faktoren wie Bildung, Einkommen und Extremwetterereignisse haben ebenfalls Auswirkungen auf Gesundheit. Die Verantwortung liegt also nicht allein bei den Gesundheitsministerien – auch Maßnahmen beispielsweise gegen den Klimawandel sind gesundheitsfördernd.

Diese Veränderungen umzusetzen, wird nicht einfach sein und Zeit benötigen. Zeit, die viele Menschen in Afrika nicht haben. Alle Beteiligten tragen daher eine große Verantwortung und müssen Reformen zielstrebig anpacken. Dass auch Deutschland und seine künftige Regierung gefragt sind, ist nicht nur eine Frage der Menschlichkeit und Solidarität, sondern eine globale Notwendigkeit: Für weltweite Gesundheitssicherheit müssen Risiken auf lokaler Ebene abgefangen werden. Dafür braucht es resiliente Gesundheitssysteme. Deutschland muss die Akteure des afrikanischen Gesundheitswesens in diesem Reformprozess auch finanziell unterstützen.



RALPH ACHENBACH

ist der Geschäftsführer von Amref Health Africa Deutschland, der deutschen Repräsentanz von Afrikas größter zivilgesellschaftlicher Gesundheitsorganisation mit Sitz in Nairobi, Kenia.

deutschland@amref.org
amrefdeutschland.org

IMPRESSUM

E+Z ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT

Nachhaltige Entwicklung erfordert globales Denken und lokales Handeln.

66. Jg. 2025

Die Zeitschrift erscheint auf Englisch als D+C Development and Cooperation.

Website: www.dandc.eu

ISSN 2366-7249

Diese Digitale Monatsausgabe wurde am 27.03.2025 fertiggestellt.

E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert und von ENGAGEMENT GLOBAL herausgegeben. Zeitschrift und Website sind nicht als Regierungssprachrohr konzipiert, sondern sollen ein kontroverses Diskussionsforum für Politik, Praxis, Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene schaffen. D+C Development and Cooperation ist der inhaltsgleiche englischsprachige Zwilling.

Wer sich an der Debatte beteiligen will, ist dazu herzlich eingeladen. Die Redaktion bittet, keine Beiträge unverlangt einzusenden, sondern Themenvorschläge zu machen. Wir bearbeiten Manuskripte nach journalistischen Kriterien und lassen die Beitragenden die redigierten Texte vor Veröffentlichung freigeben. Entsprechend bitten wir auch unsere Interviewpartner*innen, den redigierten und gestrafften Wortlaut, den wir veröffentlichen, zu autorisieren.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH

Service für Entwicklungsinitiativen

Friedrich-Ebert-Allee 40

53113 Bonn

Tel.: (02 28) 2 07 17-0; Fax: (02 28) 2 07 17-150

www.engagement-global.de

BEIRAT:

Selmin Çalışkan, Prof. Dr. Anna-Katharina Hornidge,

Prof. Dr. Katharina Michaelowa, Dr. Susanne Neubert, Bruno Wenn

VERLAG:

Fazit Communication GmbH

Geschäftsführer: Jonas Grashey, Hannes Ludwig

ANSCHRIFT VON VERLAG UND REDAKTION:

Pariser Straße 1

D-60486 Frankfurt am Main

Zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

REDAKTION:

Eva-Maria Verfürth (EMV, Chefredakteurin, inhaltlich verantwortlich),

Dr. Katharina Wilhelm Otieno (KO, Redakteurin), Jörg Döbereiner

(JD, CvD), Maren van Treel (MVT, Social-Media-Redakteurin),

Dagmar Wolf (DW, Assistentin)

Freiberufliche Mitarbeit: Leon Kirschgens (LKI, Kolumne Heutzutage),

Roli Mahajan, Lucknow (RM), Ronald Ssegujja Ssekandi, Kampala

(RSS, Kolumne Heutzutage), Eleonore von Bothmer (Übersetzung)

Tel. (0 69) 75 91-31 10

euz.editor@dandc.eu

Mitteilung gemäß § 5 Absatz 2 Hessisches Gesetz über Freiheit und Recht der Presse: Gesellschafter des Unternehmens ist die FAZIT-Stiftung.

DESIGN:

Lisa Stein

BILDAUSWAHL:

Redaktion

ANZEIGEN, ABONNEMENTS UND VERTRIEB:

Fazit Communication GmbH

c/o Cover Service GmbH & Co. KG

Postfach 1363

D-82034 Deisenhofen

Tel. (0 89) 8 58 53-8 32

Fax (0 89) 8 58 53-6 28 32

fazit-com@cover-services.de

Die vollständige oder auszugsweise Weiterverwendung der in E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit und D+C Development and Cooperation veröffentlichten Textbeiträge in anderen Medien ist mit Angabe der Quelle gestattet, sofern der E+Z/D+C-Redaktion zwei Belegexemplare beziehungsweise die Links zu den jeweiligen Websites zugestellt werden. Diese pauschale Genehmigung gilt nicht für die von uns verwendeten Bilder, Landkarten und sonstige Beiträge, bei denen das Copyright bei der Veröffentlichung separat und ausdrücklich vermerkt wird.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Falle die Meinung von Herausgeber und Redaktion dar.

ERMÄCHTIGUNG DER FRAUEN

Schädliche Klischees über algerische Studentinnen

In der konservativen Gesellschaft Algeriens hält sich das Klischee der sexuell verfügbaren und unverheiratbaren Studentin. Das hat drastische Folgen für junge, aufstrebende Frauen.

VON KHADIDJA KELALECH

Kommt her! Hört, was „Houari“, der Krankenwagenfahrer, treibt! Sein (Houaris) Krankenwagen steht immer vor den Studentinnen-Wohnheimen, um die „Mädchen“ vom Campus zum Kabarett zu bringen!“ Dieser Text eines auf YouTube populären Liedes beschreibt ein Klischee über algerische Studentinnen, das sich seit einem aufsehenerregenden Bericht im algerischen Fernsehen im Jahr 2013 hartnäckig hält. In dem provozierend titulierten Bericht „Wenn Wissenssuchende Prostituierte werden“ (übersetzt aus dem Arabischen) wurde Studentinnen in Universitätswohnheimen unterstellt, Krankheit vorzutäuschen, um sich nachts aus dem Haus zu schleichen. In diesem Narrativ bringt der Krankenwagenfahrer „Houari“ sie nach der Ausgangssperre heimlich nicht in die Klinik, sondern in ein Kabarett zu Treffen mit Intimpartnern.

Für die konservative algerische Gesellschaft ist das ein schwerer moralischer Verstoß, und aus den Behauptungen wurde rasch ein schädliches Klischee. Auf Online-Plattformen wie Facebook wurden weitere diffamierende Inhalte gepostet, in weiteren Liedern auf YouTube Studentinnen verunglimpft. Der damalige Minister für Hochschulbildung, Mohamed Mebarki, verurteilte den Bericht öffentlich, nannte ihn haltlos und eine unfaire Verleumdung algerischer Studentinnen. Zudem kündigte er rechtliche Schritte gegen den verantwortlichen Sender an.

Dieser Vorfall offenbart die tief verwurzelten patriarchalischen Normen in Algerien, wo öffentliche Räume als

männlich und private Räume als weiblich gelten. Seither sind die sozialen Medien ein Schlachtfeld, auf dem diese Stereotypen kontinuierlich erzeugt und verstärkt werden, was Selbstbild, Sicherheit und Bildungserfahrungen der Frauen prägt. Ich führte Gespräche mit dreizehn algerischen Studentinnen darüber, wie diese Stereotypen ihren sicheren Zugang zu Hochschulbildung beeinträchtigen.

STEREOTYPE ÜBER ALGERISCHE STUDENTINNEN

Meine Interviewpartnerinnen, die in diesem Text anonymisiert zu Wort kommen, begegnen häufig drei Hauptstereotypen in den sozialen Medien, die sie als moralisch fragwürdig, nicht heiratsfähig und opportunistisch darstellen.

1) Sexuelle Verfügbarkeit: Viele glauben, junge Frauen in Universitätsunterkünften seien „sexuell verfügbar“ – ein Stereotyp, das auf der Vorstellung beruht, dass sie sich

„Um Bildungsgerechtigkeit in Algerien zu schaffen, müssen sich Frauen, feministische Aktivist*innen, Forscher*innen und Politikverantwortliche zusammentun.“



Foto: dpa / AA / Mousaab Rouibi

Studierende an der Universität Algier.

heimlich mit intimen Partnern treffen. Laut Maria, mit der ich sprach, bedroht diese Vorstellung die Sicherheit der Studentinnen, denn bisweilen lungern Männer um die Wohnheime herum, belästigen Frauen und rauben ihnen ihr Sicherheitsgefühl in Räumen, die eigentlich für Lernen und Entfaltung gedacht sind. Eine andere Interviewpartnerin, Sunflower, merkte an, dass geschlechtsspezifische Belästigung in Algerien, wo öffentliche Räume weitgehend als Männerdomäne betrachtet werden, oft normal ist. Diese Wahrnehmung, so Sunflower, erschwert den Frauen sicheren Zugang zu ihren Bildungseinrichtungen weiter.

2) Unverheiratbarkeit: In den sozialen Medien heißt es oft, Frauen, die in Wohnheimen leben, hätten nicht die von einer künftigen Ehefrau erwarteten häuslichen Fähigkeiten oder „Ehre“. Die Befragten erzählten, dass potenzielle Verheirater von ihren Familien daran gehindert werden, eine Beziehung zu Studentinnen einzugehen, und zwar nur weil sie studieren oder außerhalb der familiären Überwachung wohnen, was das Klischee verstärkt, sie seien für die Ehe ungeeignet. Dieses Narrativ lässt Frauen eine falsche Wahl: Sie müssen sich zwischen Bildung und Heirat entscheiden. Ihr Recht auf beides ist eingeschränkt.

3) Instrumentalisierung für Erfolg: Studentinnen wird oft unterstellt, ihre vermeintliche „sexuelle Verfügbarkeit“ für akademische oder berufliche Vorteile zu nutzen. Das impliziert, ihr Erfolg sei unverdient und untergräbt ihre Leistung.

BILDUNG ALS WEG ZU PERSÖNLICHEM UND GESELLSCHAFTLICHEM WACHSTUM

Diese Klischees beeinträchtigen das Wohlbefinden der Frauen weit über das Studium hinaus, sie fühlen sich abgewertet und frustriert. Aya, eine weitere Gesprächspartnerin, beschrieb, wie diese Stereotypen den Wert der sozialen Beiträge von Frauen schmälern, was oft zu Wut und

Hoffnungslosigkeit angesichts des fehlenden gesellschaftlichen Respekts führt.

Für die befragten Frauen bedeutet Bildung nicht nur akademischer Erfolg, sondern ist ein Weg zu finanzieller Unabhängigkeit, fundierter Entscheidungsfindung und aktivem Engagement im gesellschaftlichen und beruflichen Leben. Besonders die finanzielle Unabhängigkeit, die meine Gesprächspartnerinnen als Ergebnis einer Erwerbstätigkeit nach der Ausbildung sehen, gibt ihnen die Möglichkeit, sich von der männlichen Kontrolle in einer Gesellschaft zu lösen, in der das Paradigma des männlichen Versorgers und der weiblichen Betreuerin aufrechterhalten wird. Tulip, mit der ich auch sprach, nannte Bildung eine „Waffe“ gegen das Patriarchat und unterstrich, dass finanzielle Unabhängigkeit Sicherheit bedeutet sowie eine Chance, ihr Leben so zu gestalten, wie sie will, jenseits der traditionellen Geschlechterrollen.

Um Bildungsgerechtigkeit in Algerien zu schaffen, müssen sich Frauen, feministische Aktivist*innen, Forscher*innen und Politikverantwortliche zusammentun. Vor allem Aktivist*innen müssen die Dringlichkeit dieses Themas erkennen und sich fragen: Wo ist die algerische Frauenbewegung, die sich einst gegen den französischen Kolonialismus, das restriktive Familiengesetz von 1984 und den Bürgerkrieg in den 1990er-Jahren zur Wehr setzte (siehe Kasten)? Warum setzt sie sich jetzt nicht mit einem Phänomen auseinander, das die Bildung von Frauen bedroht, die überall als die beste Investition der Welt angepriesen wird?



KHADIDJA KELALECH

ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität von Leicester, UK, und forscht zu Frauenthemen in der MENA-Region mit Fokus auf Algerien.

kelalechkhadidja@gmail.com

ALGERISCHE FEMINISTISCHE BEWEGUNG

Fortschritte und Rückschläge

Die Frauenbewegung in Algerien hat bedeutende Fortschritte gemacht, aber es bleibt noch viel zu tun, um eine echte Gleichstellung der Geschlechter zu erreichen. Für Frauen in Führungspositionen bleibt es schwer.

VON KHADIDJA KELALECH

In Algerien wie auf der ganzen Welt ist bekannt, dass Bildung die weibliche Selbstbestimmung stärkt. Dennoch halten sich online und offline schädliche Stereotypen (siehe Haupttext), die torpedieren, was die algerische Frauenbewegung schon in den 1940er-Jahren erreicht hat. Algerierinnen spielten eine wichtige Rolle im Befreiungskrieg gegen die französische Kolonialherrschaft und erlebten gezielte koloniale Gewalt. Nach der Unabhängigkeit 1962 erkannte die algerische Regierung in der Verfassung von 1976 den Beitrag der Frauen zum Befreiungskampf an.

1984 wurde jedoch das Familiengesetz eingeführt, das traditionelle Normen stärkte und die Autorität des Mannes über die Frau festlegte. Wieder mobilisierte sich die feministische Bewegung. Organisationen wie die 1985 gegründete "Association for Equality of Rights between Women and Men" for-



Foto: dpa / Farouk Betiche

Proteste gegen die algerische Regierung zum Internationalen Frauentag 2021.

dernten zivile Gesetze zur Sicherung der Gendergleichheit und schafften so die Grundlage für eine widerstandsfähige Bewegung, die auch die politische Instabilität des Bürgerkriegs der 1990er-Jahre überdauerte.

Seit Anfang der 2000er-Jahre hat die anhaltende feministische Lobbyarbeit bedeutende Rechtsreformen erwirkt. Meilensteine waren etwa Änderungen des Familiengesetzes 2005 und 2015 hin zu strengeren Strafen für häusliche Gewalt und Belästigung auf der Straße – ein beachtlicher Erfolg für die algerischen Frauen. Ergänzend rief die Regierung 2010 das „Joint Programme for Gender Equality and Women’s Empowerment in Algeria“ ins Leben. Das Programm sollte die Einbeziehung von Frauen in Führungspositionen und Wirtschaft fördern. Diese Bemühungen trugen zu echten Fortschritten bei: 2012 hatten Frauen 31,6 Prozent der Parlamentssitze inne, die damals höchste Quote in der arabischen Welt (Tripp 2019).

Trotz dieser Fortschritte ist Geschlechtergleichstellung in der Ar-

beitswelt nach wie vor illusorisch. Frauen in Führungspositionen stoßen oft auf große gesellschaftliche Widerstände. Ein aktuelles und viel diskutiertes Beispiel ist der Fall von Zahia Benkara. 2017 war sie eine von vier Frauen, die in Algerien zur Bürgermeisterin gewählt wurden. National und international wurde ihre Leistung gefeiert, vor Ort traf sie jedoch auf heftigen Widerstand. Nicht zuletzt gab es frauenfeindliche und beleidigende Kommentare in den sozialen Medien, in denen sie für ihr Aussehen verspottet und mit einem Mann verglichen wurde. Dieser Fall zeigt die andauernden Herausforderungen mit denen algerische Frauen in ihrem Streben nach Gleichberechtigung permanent konfrontiert sind, und spiegelt die komplexe und wechselhafte Geschichte ihres Kampfes gegen festgefahrene patriarchalische Normen wider.

LITERATUR

Tripp, A. M., 2019: The fight for democracy and women’s rights in Algeria: a long legacy of struggle. *Turkish Policy Quarterly*, 18(1), pp. 59–67.

ALGIER



Illustration: stock.adobe.com

GLOBALE TRENDS

Ungleichheit beim Glücksempfinden wächst

Die Unterschiede in der Lebenszufriedenheit haben zuletzt in allen Altersgruppen zugenommen. Bei den Älteren sind sie besonders ausgeprägt. Laut dem World Happiness Report 2024 lässt sich das Glücksgefühl einer Nation befördern – mit einer ganzheitlichen, menschenzentrierten Politik.

VON KHUSHBOO SRIVASTAVA

Die Suche nach Glück hört nicht auf – doch was genau Glück bedeutet, unterscheidet sich von Mensch zu Mensch. Es hängt ab von der Lebensphase, dem sozioökonomischen Status und der eigenen Position innerhalb der Demografie.

Der World Happiness Report 2024 (WHR) beleuchtet diese und verwandte Themen. Er wird jährlich veröffentlicht von Gallup, dem Oxford Wellbeing Research Centre und dem UN Sustainable Development Solutions Network sowie verschiedenen Wissenschaftler*innen als Co-Autor*innen. Er erschien zum ersten Mal im Jahr 2012.

Der diesjährige WHR analysiert den Zusammenhang zwischen Lebenszufriedenheit und Alter und berücksichtigt auch regionale Dynamiken sowie sozio-politische Faktoren. Er präsentiert zudem ein globales Länderranking und bewertet globale Trends.

Auf den Spitzenpositionen liegen weiterhin skandinavische Länder. Allgemein lässt sich sagen, dass sich glückliche Nationen durch ganzheitliche, menschenzentrierte politische Systeme auszeichnen. Sie bieten starke soziale Sicherung, wenig Korruption, wirtschaftliche Stabilität, ein

ausgewogenes Verhältnis zwischen Arbeit und Freizeit und legen einen Schwerpunkt auf das Wohlbefinden der Bürger*innen. Unter solchen Bedingungen können sich Menschen entfalten. Seit dem Zeitraum zwischen 2006 und 2010 haben sich Mittel- und Osteuropa in Hinblick auf das Glücksempfinden am stärksten verbessert; dagegen ging es in Südasien und im Nahen Osten zurück. In Nordamerika fiel die Zufriedenheit bei Jugendlichen deutlich. Afghanistan belegt den letzten Platz.

„Es spielt eine große Rolle, ob Menschen politische Freiheiten und finanziellen Möglichkeiten haben, Entscheidungen zu treffen.“

Die Forschenden verwenden sechs Schlüsselfaktoren, um das Glück einer Nation zu ermitteln: BIP pro Kopf, Erwartung gesunder Lebensjahre, das Maß an sozialer Unterstützung für einzelne Bürger*innen, die Freiheit, eigene Lebensentscheidungen zu treffen, die Großzügigkeit des

sozialen Umfelds einer Person und die Abwesenheit von Korruption. Weltweit ist die soziale Sicherung am stärksten ausgeprägt in den einkommensstarken Ländern Westeuropas sowie in Australien und Neuseeland. Am schwächsten ist sie in Südasien.

Die Auswirkungen von Einkommen und Gesundheit auf das Glücksempfinden liegen auf der Hand. Allerdings lassen sich Gefühle durch sie nicht vollständig erklären. Soziale Variablen sind laut dem Bericht sehr wichtig. Es spielt eine große Rolle, ob Menschen politische Freiheiten und finanzielle Möglichkeiten haben, Entscheidungen zu treffen. Ein soziales Umfeld mit starken Unterstützungsangeboten und geringer Korruption wirkt sich zusätzlich förderlich aus.

Das, was der WHR „happiness inequality“ („Ungleichheit des Glücksempfindens“) nennt, ist in den vergangenen zwölf Jahren gewachsen und nur in Westeuropa stabil geblieben. Die Unterschiede in Bezug auf die Lebenszufriedenheit haben in allen Altersgruppen zugenommen, sind jedoch bei den Älteren tendenziell größer. Besonders ausgeprägt sind sie dort, wo auch andere soziale Ungleichheiten deutlich zutage treten. Die Kluft zwischen Privilegierten und Benachteiligten ist in Lateinamerika, Südostasien und Subsahara-Afrika gewachsen, und das gilt auch für die Ungleichheit des Glücksempfindens. Westeuropa weist in allen Altersgruppen die niedrigsten Unterschiede auf. Im Allgemeinen wird eine größere Gleichheit beim Glücksempfinden mit einem höheren allgemeinen Wohlbefinden in Verbindung gebracht. Das unterstreicht die Bedeutung von Einkommen, Bildung und sozialer Sicherung.

Ein zentrales Thema des WHR ist, wie sich Glücksempfinden mit dem Alter verändert. Insbesondere betrachten die Autor*innen die Situation von zwei vulnerablen sozialen Gruppen: zum einen Kinder und Jugendliche, zum anderen Senior*innen. In einkommensstarken Ländern war die Lebenszufriedenheit unter Jugendlichen in den vergangenen Jahren rückläufig; insbesondere Mädchen waren betroffen. Covid-19 hat den Abwärtstrend verschärft.

International geben Jugendliche zwischen 15 und 24 Jahren dennoch allgemein eine höhere Lebenszufriedenheit an als ältere Erwachsene. In Westeuropa ist dieser Abstand geringer; in Nordamerika, Australien und Neuseeland ist es sogar andersherum.

Der Bericht geht auch darauf ein, dass viele Gesellschaften altern. Global wird sich bis 2050 die Zahl der Personen im Alter von 65 Jahren und älter voraussichtlich verdoppeln. Eine Folge davon wird ein signifikanter Anstieg der Demenzfälle weltweit sein. Diese Krankheit ist ein gutes Bei-

spiel dafür, wie wichtig soziale Rahmenbedingungen sind. Die Forschung zeigt, dass der Zugang zu Bildung, guter Gesundheitsversorgung und dem Screening auf Symptome dabei helfen, Demenz vorzubeugen.

Der WHR erwähnt auch, dass globale Trends und internationale Ereignisse Auswirkungen auf das Glücksempfinden der Menschen haben – etwa Unwetterkatastrophen aufgrund der globalen Erwärmung, Kriege oder die Folgen des technologischen Fortschritts. Die Autor*innen verzichten allerdings darauf, hier ins Detail zu gehen. Ihr Fokus liegt auf Aspekten, die über Kulturen und Zeiten hinweg vergleichbar sind.

LINK

World Happiness Report 2024

happiness-report.s3.amazonaws.com/2024/WHR+24.pdf



KHUSHBOO SRIVASTAVA
ist Politikwissenschaftlerin
und Assistentzprofessorin
am Tata Institute of Social
Sciences in Mumbai.

krsvastava29@gmail.com

STAATSBANKROTT

Ghanas wirtschaftliche Herausforderungen

Nach dem Staatsbankrott im Jahr 2022 ist Ghana auf die Unterstützung des IWF angewiesen. Mit inländischen Gläubigern hat die Regierung bereits eine Umschuldung vorgenommen; mit externen Gläubigern ist ein Abkommen auf dem Weg, aber noch nicht abgeschlossen. Das öffentliche Finanzsystem befindet sich weiterhin in einer tiefen Krise. Unser Autor erwartet, dass die ghanaische Regierung endlich ihrer Verantwortung gerecht wird.

VON J. ATSU AMEGASHIE

Ghana ist derzeit in ein dreijähriges IWF-Programm eingebunden. Das Land wird zwischen 2023 und 2026 Nothilfekredite in Höhe von 3 Milliarden Dollar erhalten. Das ist ein Anfang, reicht aber für eine Wirtschaft mit einem jährlichen BIP von rund 80 Milliarden Dollar nicht aus.

Seit November 2021 ist die Regierung nicht mehr in der Lage, Geld auf dem internationalen Eurobond-Markt zu leihen. Auch im Inland tut sie sich damit schwer. Im September 2024 verfehlte sie erneut ihr Ziel, inländische Schatzanweisungen zu verkaufen.

Angesichts der hohen Zinssätze für Schatzanweisungen von rund 25 Prozent und mehr bleiben die Schulden untragbar. Erschwerend kommt hinzu, dass die hohen Zinsen auch den Privatsektor belasten. Ghanaische Banken sind nicht in der Lage, Unternehmenskredite zu Zinssätzen unter 30 Prozent anzubieten, in einigen Fällen liegen die Zinssätze bei bis zu 50 Prozent. Wenn Kredite teuer sind, sind auch Investitionen teuer – was wiederum die Wirtschaft bremst.

Die Inflation ist von mehr als 50 Prozent vor drei Jahren auf etwa 20 Prozent pro Jahr gesunken. Das Wachstum verbessert sich langsam, bleibt aber fragil. Die Produktion von Kakao, Ghanas wichtigstem Exportgut und damit Devisenbringer, ist in den vergangenen drei Jahren zurückgegangen. Das liegt zum Teil auch am illegalen Bergbau, der Gewässer und Landflächen zerstört und verschmutzt.

Dies ist nur eine der vielen Herausforderungen, vor denen die ghanaische Regierung steht. Sie muss außerdem:

- nicht unbedingt notwendige Ausgaben kürzen,
- Korruption im öffentlichen Beschaffungswesen bekämpfen,
- aufhören, Steuern zu verschwenden (etwa indem sie nicht länger Projekte abbricht und neue beginnt), und
- inländische Einnahmen erhöhen.

Gelingt dies nicht, werden die Schuldenprobleme immer wiederkehren. Angesichts des engen fiskalischen Spielraums schränken diese Defizite die Möglichkeiten der Regierung ein, der armen Bevölkerung mit Subventionen für Gesundheit, Bildung und Treibstoff zu helfen. Sie wird auch keine verlässliche Infrastruktur bereitstellen können, um das Wirtschaftswachstum anzukurbeln. Der hoch verschuldete staatliche Stromversorger EEG etwa ist für seine Stromausfälle bekannt. Um die Situation zu verstehen, erinnern wir uns daran, wie es 2022 zum Staatsbankrott kam.

VERGANGENE FEHLER ANALYSIEREN

Von 2010 bis 2020 wuchs die ghanaische Wirtschaft um rund 6,6 Prozent pro Jahr. Die Armut ging zurück, nicht aber die Ungleichheit. Das internationale Ansehen des Landes war relativ gut, es erhielt Zugang zum Eurobond-Markt. Aus



Foto: dpa / Xinhua News Agency / Seth

Die Rohstoffpreise sind gefallen, und die Kakaoproduktion ist rückläufig: Ein ghanaischer Bauer breitet Kakaobohnen zum Trocknen in der Sonne aus.

mehreren Gründen war die Wirtschaft jedoch anfälliger, als es die Wachstumsraten vermuten ließen. Unter anderem

- war die Wirtschaft nicht diversifiziert, und Exporte hingen stark von Kakao, Gold und Öl ab;
- bildeten Landwirtschaft und informeller Sektor die Haupteinkommensquellen, auch wenn der Anteil der im Dienstleistungssektor Beschäftigten zunahm;
- wurde die Wirtschaft schlecht verwaltet, was sich etwa in regelmäßigen Stromausfällen („Dumsor“) äußerte.

Dennoch blieb die Inflation in den 2010er-Jahren meist im einstelligen oder niedrigen zweistelligen Bereich. Ghana ist von Importen abhängig, und die Landeswährung Cedi verlor weiter an Wert. Die Eindämmung des Preisauftriebs war daher eine bemerkenswerte makroökonomische Leistung.

Von 2000 bis 2008 profitierte Ghana von einem multilateralen Schuldenerlass im Rahmen der HIPC-Initiative zur Entschuldung hoch verschuldeter armer Länder. Im Jahr 2008 erreichte Ghana den Status eines Landes mit niedrigen mittleren Einkommen, da das jährliche Pro-Kopf-Einkommen auf über 1000 Dollar gestiegen war. Ghana verlor dadurch seinen Anspruch auf Zuschüsse in gleicher Höhe von multi- und bilateralen Entwicklungsorganisationen.

Leider bekam das Land seine Staatsverschuldung nicht in den Griff; das Haushaltsdefizit stieg und stieg. Der IWF schätzt, dass es in den zwölf Jahren der jüngsten drei Wahlzyklen im Durchschnitt pro Jahr um mehr als drei Prozent des BIP gestiegen ist. Von 2015 bis 2019 benötigte die Re-

gierung sogar Unterstützung aus der Erweiterten Kreditfazilität (ECF) des IWF.

Im Jahr 2021 stieg das Schulden-BIP-Verhältnis auf mehr als 100 Prozent. Im November 2021 verlor die ghanaische Regierung die Möglichkeit, auf dem Eurobond-Markt neue Kredite von der Privatwirtschaft aufzunehmen. Acht Monate später musste sie erneut den IWF um Unterstützung bitten.

Im Dezember 2022 geriet die Regierung dann mit einem Großteil ihrer Inlands- und Auslandsschulden in Verzug. Sie startete das „Domestic Debt Exchange“-Programm, bei dem inländische Kredite im Wert von etwa 137 Milliarden Cedi (etwa 10 Milliarden Dollar) umstrukturiert wurden. Ghanaische Inhaber von Staatsanleihen verloren mindestens 30 Prozent ihres Geldes. Es folgten internationale Maßnahmen. Im Juni 2024 traf Ghana mit seinen internationalen Anleihegläubigern eine Grundsatzvereinbarung, um Auslandsschulden in Höhe von 13 Milliarden Dollar zu restrukturieren. Sie ist noch nicht finalisiert, hätte aber einen Schuldenschnitt für Anleihegläubiger von bis zu 37 Prozent zur Folge.

URSACHEN FÜR GHANAS SCHULDENPROBLEME

Die anhaltenden Haushaltsdefizite wurden angetrieben durch übermäßige Staatsausgaben, schwache Staatseinnahmen und – besonders in Wahljahren – fiskalische Disziplinlosigkeit. Die steigenden Öl-Einnahmen milderten die Auswirkungen nur begrenzt.

Seit 2015 stagnieren die Staatseinnahmen, auch wegen zu schwacher Steuereinzahlung. In den vergangenen 20 Jahren lagen die Steuereinnahmen Ghanas bei etwa 13 Pro-

zent des BIP und damit unter dem Durchschnitt von 15 Prozent in Subsahara-Afrika, wie der IWF berichtet.

Tatsächlich werden die meisten Menschen vom Steuersystem gar nicht erfasst. Im Jahr 2017 gab die Steuerbehörde bekannt, dass nur 1,2 Millionen der 27 Millionen Ghanaer*innen Einkommensteuer zahlten. Nur zehn Prozent der arbeitenden Bevölkerung zahlten also überhaupt Steuern. Der informelle Sektor, in dem rund 90 Prozent der Erwerbstätigen beschäftigt sind, trug weniger als fünf Prozent zu den gesamten Steuereinnahmen bei.

Auch die Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) war rückläufig. Im Jahr 2008 machten Zuschüsse von Geberagenturen zwei Prozent des BIP aus. Nach Ghanas Aufstieg in die Gruppe der Länder mit niedrigen mittleren Einkommen schwanden diese Mittel rapide. Bis 2018 war ihr Anteil auf nur noch 0,3 Prozent des BIP gesunken.

Während die Staatseinnahmen stagnierten, wurden die Staatsausgaben zunehmend fehlgeleitet. In der Vergangenheit machten Investitionen in Infrastruktur den größten Teil der ghanaischen Staatsausgaben aus. Zunehmend gewannen jedoch die Löhne und Gehälter für den aufgeblähten öffentlichen Sektor an Bedeutung. Bereits 2013 gab der Finanzminister bekannt, dass die Regierung in der ersten Jahreshälfte 70 Prozent ihrer Gesamteinnahmen für das Personal des öffentlichen Sektors ausgegeben habe.

Dabei spielten verschiedene Formen der Korruption eine Rolle. So tauchten in den Personallisten der Regierungsbehörden Fantasienamen auf. Zu viel Geld wurde für Prestigeprojekte oder überbeuerte Regierungsaufträge ausgegeben.

UNBEACHTETE WARNSIGNALE

Es ist verlockend, die Schuld für die Schuldenprobleme Ghanas bei der im März 2020 ausgebrochenen Covid-19-Pandemie zu suchen. Zwar hatte sie sicherlich negative Auswirkungen auf die Haushaltslage; die Schuldenlast war allerdings schon zuvor untragbar geworden.

Bezeichnend war beispielsweise, dass es für Ghana immer schwieriger geworden war, Zugang zu Finanzmitteln aus der Privatwirtschaft zu erhalten. Die Regierung musste immer höhere Zinsen für neue Anleihen zahlen. Im Jahr 2015 benötigte sie eine Garantie der Weltbank in Höhe von 400 Millionen Dollar, um eine Milliarde Dollar an privaten Mitteln aufnehmen zu können.

Eine Schuldentragfähigkeitsanalyse des IWF im Jahr 2018 zeigte, dass für Ghana ein hohes Risiko eines Zahlungsausfalls bei den Auslandsschulden bestand. Verschiedene Szenarien zeigten, dass sowohl die Abwertung des Wech-

selkurses als auch der Rückgang der Exporte die Schuldenlast wahrscheinlich untragbar machen würden.

Im selben Jahr führte auch das ghanaische Finanzministerium eine Schuldentragfähigkeitsanalyse durch. Sie zeigte, dass zwei wichtige Indikatoren (das Verhältnis des Schuldendienstes zu den Staatseinnahmen und das Verhältnis des Schuldendienstes zu den Exporteinnahmen) über den Schwellenwerten lagen, die auf eine instabile Liquidität hindeuten. Ein weiteres Warnsignal war, dass beide Kennziffern voraussichtlich hoch bleiben würden.

Entgegen der Empfehlung des IWF hat die Regierung außerdem die Schulden staatlicher Unternehmen nicht in die Staatsverschuldung einbezogen. Der IWF kritisierte auch, dass die Regierung einige Maßnahmen außerhalb des Budgets durchführte. Solche Praktiken verringern Transparenz, erschweren die Überwachung und Verwaltung der Schulden und erhöhen den Spielraum für Korruption.

Der Moment der Wahrheit kam am 24. November 2022, als die Umstrukturierung der Inlandsschulden bekannt gegeben wurde. Das Finanzministerium räumte plötzlich ein, dass die gesamten Staatsschulden – „einschließlich jene von staatlichen Unternehmen“ – 100 Prozent des BIP überstiegen. Nur elf Tage zuvor war noch von 75,9 Prozent die Rede gewesen. Spätere IWF-Analysen zeigten, dass sich insbesondere das Cocoa Board stark verschuldet hatte.

FAZIT

Ungünstige Entwicklungen wie die Covid-19-Pandemie und fallende Rohstoffpreise haben sich zwar negativ auf die Haushaltslage Ghanas ausgewirkt, doch die Haushaltskrise war weitgehend hausgemacht. Die Regierung hat nicht verantwortungsvoll genug gehandelt. Das Land benötigt nun eine umsichtige und ganzheitliche Haushaltsführung. Solides makroökonomisches Management trägt zur Widerstandsfähigkeit eines Landes gegenüber externen Schocks bei, indem es negative Auswirkungen minimiert. Entwicklungsländer müssen ihre Haushaltsprobleme selbst lösen. Angesichts der Tatsache, dass Hocheinkommensländer mit ernsthaften Haushaltsengpässen konfrontiert sind, werden die Mittel der OECD, des IWF, der Weltbank et cetera nur spärlich fließen – und nicht mehr sein als ein Tropfen auf den heißen Stein.



J. ATSU AMEGASHIE

ist Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Universität von Guelph in Ontario, Kanada.

jamegash@gmail.com

AFRIKANISCHE ERNÄHRUNGSSYSTEME

Fehlendes Wissen

In vielen afrikanischen Ländern beeinträchtigen gewaltige Wissenslücken die Ernährungssicherheit. Die schlechte Datenlage erschwert Innovationen, die Lebensmittel-Versorgungsketten stabiler machen könnten. Mehr Forschung ist nötig. Trotz schwindender Mittel für Entwicklungspolitik muss dafür gesorgt werden, dass nationale Forschungssysteme funktionstüchtig werden. Im April sollte sich die Science Week der CGIAR in Nairobi dieser Herausforderung stellen.

VON HANS DEMBOWSKI



Foto: dpa / Hans Lucas / Jean-Francois FORT

In Afrika gibt es weniger Daten über Lieferketten als in Europa: Yam-Großmarkt in Ghanas Hauptstadt Accra.

Ernährungssicherheit ist in vielen afrikanischen Ländern prekär. Drei große Trends verschärfen die Probleme:

- Die Klimakrise durchkreuzt zunehmend traditionelle landwirtschaftliche Praktiken.
- Angesichts anhaltenden Bevölkerungswachstums wird künftig mehr Nahrung gebraucht.
- Wegen der Abhängigkeit von Getreideeinfuhren führen makroökonomische Probleme schnell zu Hunger und Mangelernährung.

Theoretisch könnten die betroffenen Länder ihre Ernährungssysteme modernisieren, um diese Dinge in den Griff zu bekommen. Bekanntlich ist die Produktivität der afrikanischen Landwirtschaft niedrig und sollte deshalb gesteigert werden. Klar ist auch, dass viel zu viel Nahrung schon vor dem Verbrauch verrottet. Die Gründe sind mangelhafte Lagerung, langsame Verarbeitung und ineffizienter Vertrieb.

Innovationen entlang der gesamten Lieferkette wären also sinnvoll und würden obendrein neue Arbeitsplätze schaffen. Leider ist das aber leichter gesagt als getan.

TRADITIONELLES WISSEN REICHT NICHT

Die schlimmsten Engpässe verursacht der Mangel an wissenschaftlich gesichertem Wissen. Einer Faustregel zufolge hängen südlich der Sahara rund 80 Prozent der Menschen von Subsistenzlandwirtschaft und informeller Wirtschaftstätigkeit ab. Sie lassen sich von Traditionen und Gewohnheiten leiten. Oft wird Wissen von Person zu Person und von Generation zu Generation weitergereicht. Es ist zwar meist nicht falsch, aber unvollständig und suboptimal.

Arme Menschen sind risikoscheu und behalten tendenziell gewohntes Verhalten bei. Sie sind nicht zu dumm, um zu sehen, dass es bessere Möglichkeiten geben könnte. Wer einen kleinen Betrieb in Handel oder Landwirtschaft am Laufen hält, kann sich aber keine Verluste leisten. Was sich bislang bewährt hat, scheint der sicherste Weg, die Familie weiter zu ernähren.

Was diese Menschen im Detail tun, ist meist nicht dokumentiert. Ihre Umsätze, Ausgaben und Gewinne erfasst niemand systematisch. Auch welche Nährstoffe ihre Produkte enthalten, ist unklar – und manche sind wegen verschiedener Belastungen gar nicht für den Verzehr geeignet. Unsachgemäßer Chemikalieneinsatz oder mangelhafte Lagerung beeinträchtigen oft die Lebensmittelsicherheit.

ZU WENIG DATEN

Vom ländlichen Acker bis zum städtischen Markt prägen Wissenslücken die gesamte Lieferkette. Das macht es schwer, professionelle Businesspläne zu erstellen oder politische Eingriffe zielgenau zu konzipieren. Dass die Infrastruktur in ländlichen Gebieten oft kaum oder gar nicht entwickelt ist, kommt erschwerend hinzu.

Länder mit hohem Einkommen verfügen über umfassende Daten. Sie haben zuverlässige Statistiken über die landwirtschaftliche Produktivität, den Einsatz von agrarischen Hilfsmitteln, die Lagerung, Verarbeitung und den Vertrieb von Nahrungsmitteln sowie über Supermarkt-Umsätze und Lebensmittelsicherheit. Akademisch ausgebildetes Personal erhebt und verarbeitet die Daten. Universitäten betreiben Grundlagen-, aber auch angewandte Forschung, während Behörden Statistiken zu Aufsichtszwecken führen. Die Privatwirtschaft beschäftigt zudem Fachleute für Marketing und Produktentwicklung.

„Afrikanische Eigenverantwortung kommt zu kurz, weil Finanzierungsentscheidungen in Übersee fallen. Wer zahlt, bestellt die Musik, besagt ein altes Sprichwort.“

Reiche Volkswirtschaften wandeln sich rasant zu wissensbasierten Ökonomien, wobei vielschichtige Märkte sich auf ähnlich differenzierte Forschungssysteme stützen. Trotz großer Komplexität haben Entscheidungstragende eine gute Übersicht darüber, was geschieht.

In Afrika ist das in der Regel anders. Ganze Nationen und Ökosysteme sind kaum erforscht. So haben denn auch traditionelle Grundnahrungsmittel weitgehend global gebräuchlichen Pflanzen (besonders Reis, Weizen und Mais) weichen müssen. Die Abhängigkeit von diesen Getreidesorten wirkt sich aber negativ auf Gesundheit, Umwelt und makroökonomische Stabilität aus (siehe Kasten).

Für die anstehende Modernisierung afrikanischer Ernährungssysteme ist deshalb mehr Forschung dringend nötig.

Die begrenzten Kapazitäten der Hochschulen und sonstiger Institute sind aber bereits überstrapaziert. In Afrika gibt es vergleichsweise wenig akademisch gebildete Menschen. Folglich verfügen auch Behörden und Privatfirmen über weniger Möglichkeiten, sicheres Wissen zu schaffen. Selbst wenn sie Forschungsaufträge vergeben wollen, finden sie oft niemanden, um diese auszuführen.

„Nötig wären starke nationale Forschungssysteme. Je weniger präzise ein Ernährungssystem erforscht ist, desto schwerer fällt dessen Modernisierung.“

GEBERINSTITUTIONEN STEUERN FORSCHUNG

Derweil stehen Forscher*innen in Afrika, die einen bestimmten Aspekt ihres jeweiligen Ernährungssystems untersuchen wollen, vor einer Hürde, die es in reichen Ländern nicht gibt. In Europa oder Nordamerika finanziert eine Vielzahl unterschiedlicher Institutionen Forschungsvorhaben. Manche sind staatlich, manche sind privat. Manche arbeiten gewinnorientiert, andere sind gemeinnützig. Wer etwas Bestimmtes erforschen will, stellt Förderanträge dort, wo die Erfolgsaussichten gut sind.

In Afrika gibt es aber keine differenzierte Forschungsfinanzierung und nur sehr wenige Förderungsoptionen. Projekte hängen typischerweise von Geberinstitutionen ab, die gar nicht auf Forschung spezialisiert sind – sondern auf entwicklungspolitische Vorhaben. Das hat zwei gravierende Nachteile:

- Die Entscheidungsgremien wollen nicht Forschung fördern, sondern Entwicklungsprojekte mit konkreten Ergebnissen wie etwa Weiterbildung für 30 000 agrarische Kleinbetriebe oder sichere Ernährung für 20 000 Slumkinder.
- Die Gremien sind auch nicht in Afrika angesiedelt, sondern in Ländern mit ganz anderem Alltagsleben. Dinge, die afrikanischen Fachleuten auf den ersten Blick klar sind, werden deshalb leicht übersehen.

Die Projekte spiegeln wider, was Geberinstitutionen wichtig ist, entsprechen aber nicht unmittelbar afrikanischen Prioritäten. Hochqualifiziertes afrikanisches Forschungspersonal kümmert sich in der Folge um Dinge, welche die gesamte Lieferkette betreffen, aber nicht unbedingt der jeweiligen Kernkompetenz entsprechen. Pflanzen-genetiker*innen beschäftigen sich dann etwa mit dem kommerziellen Vertrieb von Lebensmitteln oder der Aufklärung von Verbrauchenden über Gesundheitsrisiken. Sie springen zudem von einem kurzfristigen Projekt zum nächsten.

Nötig wären starke nationale Forschungssysteme. Je weniger präzise ein Ernährungssystem erforscht ist, desto schwerer fällt dessen Modernisierung. Im Sinne eines innovationsfreundlichen Geschäftsklimas sollten so viele Wissenslücken wie möglich schnell geschlossen werden. Austausch mit Risikokapitalgebern und Agrarverbänden kann helfen, die wichtigsten Wissenslücken zu erkennen. In der Praxis dominiert stattdessen eine Vielzahl von entwicklungspolitischen Einzelvorhaben.

Afrikanische Eigenverantwortung kommt zu kurz, weil Finanzierungsentscheidungen in Übersee fallen. Wer zahlt, bestellt die Musik, besagt ein altes Sprichwort. Auf Forschung zu afrikanischen Ernährungssystemen trifft es weitgehend zu.

AUSBLICK

In der aktuellen weltpolitischen Lage wird der Aufwand für Entwicklungshilfe (ODA – Official Development Assistance) nicht steigen, sondern zurückgehen. Es wird also noch wichtiger, kein Geld zu verschwenden. Positiv ist, dass ein weltweites Umdenken stattfindet. Geberinstitutionen interessieren sich zunehmend für lokale Besonderheiten wie etwa Afrikas vernachlässigte Lebensmittel.

Die Consultative Group for International Agricultural Research (CGIAR) ist besonders gefordert. Sie stützt sich auf Geld von Geberregierungen, multilateralen Organisationen und philanthropischen Stiftungen. Ihre Exzellenzzentren sind berühmt – dazu gehören etwa das IFPRI (International Food Policy Research Institute) in Washington, das IRRI (International Rice Research Institute) in Manila oder das CAP (Centro Internacional de la Papa/International Potato Center) in Lima.

Statt diesen Instituten sollte die CGIAR künftig der Stärkung nationaler Forschungssysteme Vorrang geben. Diese müssen in Forschungsprogramme einbezogen werden. Ihre Kapazitäten müssen ausgebaut werden, wurden aber in der Vergangenheit oft geschwächt, wenn CGIAR-Einrichtungen Fachpersonal abwarben.

Vom 7. bis 12. April findet in Nairobi die CGIAR Science Week statt. Sie wird die Agenda der nächsten Jahre diskutieren. Das zentrale Thema werden Mittelkürzungen sein, weil mehrere tausend Arbeitsplätze gefährdet sind. Dass nationale Forschungssysteme besser arbeiten können als bisher, ist dennoch die zentrale Aufgabe.

Der Autor dankt mehreren internationalen Fachleuten, überwiegend aus Afrika, die er für diesen Beitrag interviewt hat. Da einige nicht namentlich genannt werden wollen, hat er entschieden, keine Namen zu nennen, um so sicherzustellen, dass kein Individuum den Zorn einer Geberinstitution auf sich zieht.



HANS DEMBOWSKI

ist ehemaliger Chefredakteur von E+Z.

euz.editor@dandc.eu

Abonnieren Sie den E+Z-Newsletter!

Unser 14-tägiger Newsletter bringt Neuigkeiten, Analysen, vernachlässigte Stories und wichtige Termine der globalen entwicklungspolitischen Community direkt in Ihr Postfach. Abonnieren Sie in wenigen Schritten die [deutsche Version](#) oder [die englische](#).



AGRARFORSCHUNG

Vernachlässigte Lebensmittel verdienen mehr Aufmerksamkeit

Wissenschaft, Wirtschaft und Politik haben traditionelle Nutzpflanzen in Entwicklungsländern lange ignoriert. Dafür zahlt Afrika heute einen hohen Preis.

VON HANS DEMBOWSKI

Afrikas traditionelle Nutzpflanzen gehören vielfach zu den sogenannten „vergessenen Lebensmitteln“. Gebräuchlich sind auch Beschreibungen wie „vernachlässigt“, „verwaist“ und „ungenügend genutzt“. Verwandte Begriffe sind zudem „minor foods“ oder auch „Arme-Leute-Essen“. Gemein ist den Gewächsen, dass Menschen früher von ihnen abhingen und das heute oft noch tun.

Fachleute warnen, es gebe obendrein „verschwindende Lebensmittel“. Dabei geht es unter anderem um Beeren oder Pilze, die gesammelt werden. Entwaldung bedeutet nämlich, dass Pflanzen- und Tierarten verschwinden, bevor die Biologie sie komplett erfasst hat. Mangels verlässlicher Daten ist es unmöglich, den genetischen Verlust präzise zu beziffern. Generell prägen Wissenslücken die Lebensmittelversorgung in Afrika (siehe Hauptartikel).

DREI GRUNDLEGENDE PROBLEME

Die wichtigsten Grundnahrungsmittel der Menschheit sind heute Reis, Weizen und Mais. Sie stammen nicht aus Afrika, prägen aber die Ernährungsgewohnheiten dort. Afrikanische Länder bauen sie auch an, aber meist nicht in für Selbstversorgung ausreichendem Maß. Die Abkehr von traditionellen Grundnahrungsmitteln hat gravierende Nachteile:

- Veränderte Ernährungsgewohnheiten erhöhen das Auftreten chronischer Krankheiten wie Diabetes.
- Traditionell genutzte Pflanzen und Tiere sind an die Umwelt, in der sie gezüchtet wurden, gut angepasst, weshalb sie auch mit dem Klimawandel relativ gut zurechtkommen. Es wäre klug, Sorten zu züchten, die Hitze, Dürre und Hochwasser widerstehen.
- Je weniger Lebensmittel ein Land importiert, desto stabiler sind die Preise. Inflation auf dem Weltmarkt treibt auch die Inlandspreise in die Höhe, was arme Menschen besonders hart trifft. Steigender Devisenbedarf für Getreideimporte lässt derweil den Devisenkurs fallen, was die inländische Inflation weiter anheizt.

Weil weltweit gebräuchliche Pflanzen gut erforscht sind, ist es relativ leicht, neue leistungsstarke Varianten zu züchten. Dagegen gibt es kaum Hochertragsorten von traditionellen Grundnahrungsmitteln wie etwa Cassava, Yam oder Fonio in Westafrika. Sie ließen sich in einer vielfältigen Bandbreite züchten, aber es würde länger dauern und mehr Aufwand erfordern als die Entwicklung neuer Reis-, Weizen- und Maissorten.

Es könnte obendrein schwierig sein, das neuartige Saatgut zu vermarkten. Die kommerzielle Landwirtschaft in Afrika präferiert nämlich international angebaute Pflanzen, während Subsistenzhöfe ihr eigenes Saatgut verwenden. Selbst wenn die vielen Frauen, welche die kleinen Felder beackern, über neue Optionen informiert würden, würde ein Großteil dennoch das Risiko scheuen. Viele andere könnten sich verbessertes Saatgut und nötige Hilfsmittel gar nicht leisten.

Positiv ist, dass digitale Technik es leichter macht, selbst die analphabetische Landbevölkerung zu informieren. Smartphones sind weit verbreitet, sodass agrarische Beratungsdienste mit didaktischen Videoclips Innovationen vorantreiben können. Davor ist aber wissenschaftlich solide Arbeit nötig, um neue Optionen der Nutzung traditionsreicher Pflanzen zu erkunden.



Foto: dpa / Anadolu / Emmanuel Osodi

In Westafrika greifen wegen gestiegener Getreidepreise auf dem Weltmarkt mehr Menschen wieder zu dem traditionellen Grundnahrungsmittel Cassava. Es hat den Ruf eines Arme-Leute-Essens.

NATÜRLICHE RESSOURCEN

Illegale Fischerei bedroht Kenias Wirtschaft und Umwelt

*Überfischung gefährdet Kenias Fischereiindustrie und bedroht sowohl Lebensgrundlagen als auch die Artenvielfalt. Expert*innen fordern eine bessere Regulierung und Unterstützung für lokale Gemeinschaften.*

VON JOSEPH MAINA

Kenia verfügt über ausgedehnte Binnengewässer und einen üppigen Küstenstreifen entlang des Indischen Ozeans. Die Fische in diesen Gewässern sind sowohl auf dem heimischen als auch auf dem internationalen Markt gefragt – doch der Anstieg der illegalen Fischerei gefährdet die Nachhaltigkeit der Fischereiindustrie.

Illegale Fischerei liegt vor, wenn einheimische oder ausländische Schiffe in den Gewässern eines Landes ohne offizielle Genehmigung oder unter Verstoß gegen geltende Gesetze und Vorschriften aktiv sind. Laut dem Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) gehen die Auswirkungen der illegalen, nicht gemeldeten und unregulierten (IUU) Fischerei über finanzielle Verluste hinaus. Sie trägt auch zur Überfischung, zur

Zerstörung von Meereslebensräumen und zum Verlust der Artenvielfalt bei.

WIRTSCHAFTLICHE VERLUSTE UND GESUNDHEITSRISIKEN

Seit Generationen ist die Bevölkerung rund um den Victoriasee und entlang der kenianischen Küste auf die Fischerei als wichtigste Einkommens- und Nahrungsquelle angewiesen. Mit der Verschärfung der staatlichen Vorschriften und Kontrollen fühlen sich einige Fischer*innen in ihren traditionellen Fangmethoden eingeschränkt. Es muss deshalb mehr getan werden, um die Öffentlichkeit für die Gefahren der IUU-Fischerei zu sensibilisieren – nicht nur für die Umwelt, sondern auch für die Lebensgrundlagen der lokalen Bevölkerung.

Expert*innen warnen, dass die illegale und unregulierte Fischerei ernsthafte wirtschaftliche Folgen hat. Kenia verliert auf diese Weise jährlich schätzungsweise 45 Milliarden Kenia-Schilling (rund 330 Millionen Euro). Die Verluste entstehen durch entgangene Einnahmen aus Lizenzen und ordnungsgemäßer Regulierung.

Illegale Fischerei birgt auch Gesundheitsrisiken, insbesondere wenn sie in kontaminierten Gewässern betrieben wird. Am Nakurusee wurde das Fischen beispielsweise untersagt, nachdem wissenschaftliche Untersuchungen ergeben hatten, dass die Fische aus dem See gefährlich hohe Mengen an Schwermetallen aufwiesen und somit für den menschlichen Verzehr ungeeignet waren. Trotz staatlicher Bemühungen, die illegale Fischerei zu bekämpfen, bleibt sie in vielen Teilen des Landes weit verbreitet.

SOZIALE HERAUSFORDERUNGEN ZUR BEKÄMPFUNG DER ILLEGALEN FISCHEREI IN KENIA

Beobachter*innen weisen darauf hin, dass Armut eine der Hauptursachen für illegale Fischerei ist, insbesondere in Binnengewässern. Viele Menschen fischen ohne entsprechende Genehmigung, weil es zu wenig Arbeit gibt und die Nachfrage nach günstigen Lebensmitteln steigt. Auch David Kilo, Vorsitzender der Lake Naivasha Boat Owners' Association, führt den Anstieg der illegalen Fischerei auf die hohe Arbeitslosigkeit zurück. „Regierungen auf nationaler und regionaler Ebene sollten Wege finden, arbeitslose Jugendliche durch alternative Beschäftigungsmöglichkeiten zu unterstützen“, sagte Kilo gegenüber lokalen Medien.

Wenn die Fischerei ohne angemessene Regulierung fortgesetzt wird, könnten die Fischbestände stark dezimiert werden, warnen Expert*innen. In ihrer Not fangen einige Fischer*innen sogar Jungfische, was das langfristige Überleben der gesamten Art gefährdet.

Kilo betont zudem, dass illegale Fischerei auch den Lebensunterhalt gesetzestreuer Fischer*innen schädigt. „Wir unterstützen die Bemühungen der Regierung, die Fischerei zu regulieren. So schmerzhaft diese Einschränkungen auch sein mögen, sie sollen sicherstellen, dass wir alle langfristig davon profitieren“, sagt er.

Die Durchsetzung der Fischereivorschriften muss allerdings rechtmäßig und unter Wahrung der Menschenrechte erfolgen. Kenianische Strafverfolgungsbehörden sind in den vergangenen Monaten für ihr hartes Vorgehen gegen illegale Fischer*innen kritisiert worden. Berichten zufolge wurden einige Personen bei Festnahmen schwer verletzt; andere sind nach ihrer Verhaftung verschwunden.



JOSEPH MAINA

ist freier Autor aus Naivasha, Kenia.

mainajoseph166@gmail.com



Folgen Sie uns auf LinkedIn!

SIE FINDEN UNS UNTER

[linkedin.com/
company/d-c-development-
and-cooperation](https://www.linkedin.com/company/d-c-development-and-cooperation)

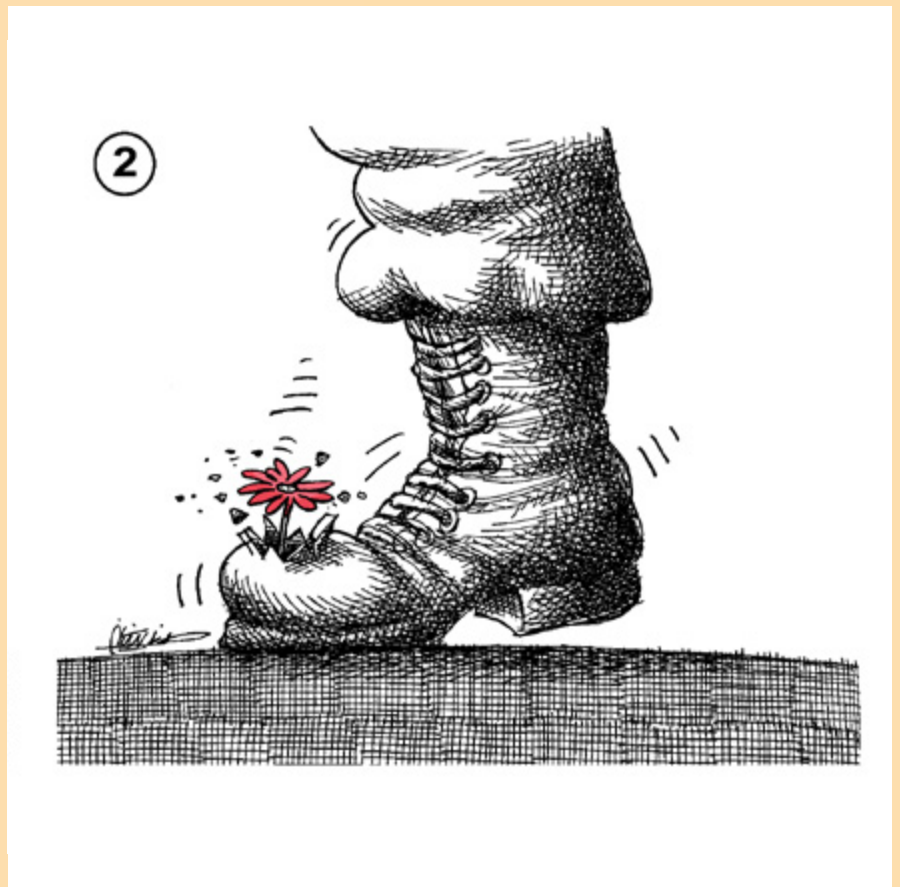
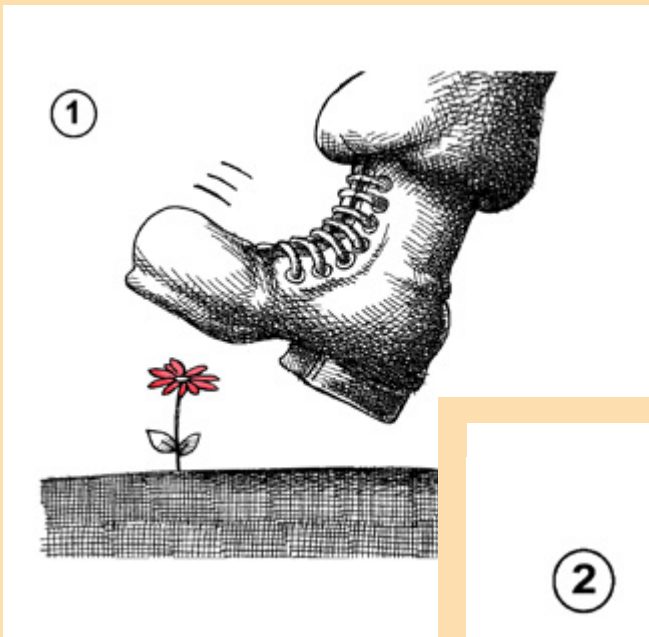
Wir kommentieren auf LinkedIn das aktuelle Geschehen und weisen auf wichtige neue Inhalte unserer Website dandc.eu hin.



POLITISCHE SATIRE

Die Macht von Humor

Illustration: Mana Nayestani



UNSERE SICHT

Politischer Humor dient sowohl der Freiheit als auch dem Extremismus

*Weltweit zeichnen, schreiben und filmen Satiriker*innen für Freiräume, oft unter erdrückenden Bedingungen. Aber nicht jeder politische Witz dient demokratischen Werten: Auch extremistische Kräfte nutzen Humor für ihre Zwecke.*

VON JÖRG DÖBEREINER

Vierzig Jahre lang hatte Wong Kei-kwan sozialkritische Karikaturen gezeichnet für die Tageszeitung Ming Pao in Hongkong, dann war Schluss. Im Mai 2023 stellte die Zeitung seine Cartoons ein, nachdem sich mehrere Regierungsstellen der Sonderverwaltungszone darüber beschwert hatten. Beobachter sahen in dem Fall einen weiteren Sargnagel für die kritische Medienlandschaft Hongkongs unter dem autoritären Einfluss Chinas.

Der Zustand politischer Satire in einer Gesellschaft ist ein Gradmesser für Meinungsfreiheit: Sie gibt Unterdrückten eine Stimme und hinterfragt humorvoll Autoritäten. In vielen Ländern versuchen Herrschende deshalb, Satiriker*innen zum Schweigen zu bringen, wie im Fall von Wong Kei-kwan. Sie bedrohen und bestrafen sie, lassen sie verschwinden oder treiben sie ins Exil.

Doch auch andere Kräfte schränken den Freiheitsraum der Satire ein. Social-Media-Algorithmen etwa benachteiligen unerwünschte Inhalte. Letztlich entscheiden die Plattformen selbst, was die breite Masse erreichen darf – oft nach intransparenten Maßstäben. Meta, der Mutterkonzern von Facebook und Instagram, habe viele seiner Karikaturen gelöscht, berichtet der sudanese Cartoonist Khalid Albaih im Gespräch mit E+Z. Die renommierte Karikaturistin Ann Telnaes verließ Anfang dieses Jahres die Washington Post, nachdem eines ihrer Werke nicht publiziert wurde. Es kritisierte das Verhalten des Tech-Milliardärs und Washington-Post-Eigentümers Jeff Bezos rund um den Amtsantritt von US-Präsident Donald Trump: Auf dem Entwurf der Karikatur kniet Bezos gemeinsam mit anderen Größen der US-amerikanischen Tech- und Medienbranche in unterwürfiger Geste vor einer Trump-Statue. Offenbar ist solche Kritik unter Bezos in der Washington Post nicht möglich.

HUMOR FUNKTIONIERT IN BEIDE RICHTUNGEN

Satire zielt mit ihrem Humor grundsätzlich von unten nach oben: Die Beherrschten lachen über die Herrschenden. Allerdings lässt sich Macht mittels Humors nicht nur infrage stellen, sondern auch festigen. Ein Paradebeispiel dafür ist Donald Trump, der sich als Präsident gezielt über politische Gegner*innen und Andersdenkende lustig macht.

Auch Extremismus lässt sich mit Komik sowohl bekämpfen als auch salonfähig machen: Im politischen Diskurs auf Social Media, aber nicht nur dort, ziehen Extremist*innen demokratische Werte ins Lächerliche, verspotten Benachteiligte und schüren Ängste und Vorurteile. Kritik daran stempeln sie schnell als „humorlos“ ab.

Satire kann Autokratie untergraben, extremistischer Humor hingegen die Demokratie. Eine Strategie gegen antidemokratische Kräfte ist wiederum: Humor. Das haben kreative Aktionen gegen Extremismus und Autokratie bewiesen.

Alle zwei Jahre verleiht die Freedom Cartoonists Foundation den Kofi Annan Courage in Cartooning Award und rückt damit Karikaturist*innen und ihre demokratiefördernde Arbeit ins Rampenlicht. Im Jahr 2024 ging der Preis an Wong Kei-kwan und die indische Karikaturistin Rachita Taneja. Die beiden stehen für Tausende, die unter schwierigen Bedingungen um Bilder und Worte ringen, um freiheitliche Werte hochzuhalten. Sie sind Vorbild und Inspiration – auch für das Publikum in etablierten, aber angegriffenen Demokratien.



JÖRG DÖBEREINER

ist Chef vom Dienst bei E+Z.

euz.editor@dandc.eu

„Golf“ von Khalid Albaih.

Illustration: Khalid Albaih
 creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/2.0/
 flickr.com/photos/khalidalbaih/42206706942/
 no changes were made



Khalid Albaih

CARTOONS

„Wir sollten die Version der Geschichte infrage stellen, die unsere neuzeitlichen Pharaonen zu schreiben versuchen“

Khalid Albaih ist ein politischer Cartoonist aus dem Sudan. Im Gespräch erklärt er, warum er sich selbst als Internetkünstler bezeichnet, wie Algorithmen zensieren, weshalb Cartoons wichtige Zeitdokumente sind – und warum sie wirklich nicht lustig sein müssen.

KHALID ALBAIH IM INTERVIEW MIT KATHARINA WILHELM OTIENO

Welche Rolle spielen politische Cartoons und Satire in Krisenzeiten, insbesondere im Kontext des andauernden Kriegs im Sudan?

Karikaturen sind wichtig, weil sie verschiedene Genres verbinden. Aus journalistischer Sicht sind sie eine Kunstform, aus künstlerischer Sicht hingegen eine Form des Journalismus. Und sie erreichen ein breites Publikum – Professor*innen wie Kinder können sie auf ihre Weise interpretieren.

In gewisser Hinsicht funktionieren Karikaturen wie ein Tagebuch: Sie halten meine unmittelbare Reaktion auf ein Ereignis fest und sind damit das historische Protokoll eines bestimmten Moments. Wir sind also eine Art Chronist*innen.

Gleichzeitig kann der Blick in Cartoon-Archive auch ziemlich ernüchternd sein, weil er zeigt: Geschichte wiederholt sich tatsächlich. Viele Karikaturen aus dem Ersten oder

Zweiten Weltkrieg könnten genauso gut heute gezeichnet worden sein.

Verstehen Sie Ihre Arbeit als Mittel, Menschen in Krisensituationen Hoffnung oder Widerstandskraft zu geben?

Ich glaube nicht, dass die Menschen, die eine Krise durchleben, unbedingt meine Botschaft brauchen. Diejenigen, die sehen und verstehen müssen, was passiert, sind die, die nicht in der Krise stecken. An sie richte ich mich – ich will, dass sie sich in Situationen jenseits ihrer Realität hineinversetzen und unsere Situation verstehen. Denn oft nehmen Menschen Konflikte als weit entfernt wahr, als etwas, worauf sie keinen Einfluss haben. Das stimmt aber nicht. Darauf möchte ich mit meiner Arbeit aufmerksam machen und ihnen ihre Verbindung zu diesen Ereignissen vor Augen führen.

Gleichzeitig dienen meine Karikaturen auch als Spiegel für diejenigen, die meine Perspektive oder Erfahrung teilen. Es geht darum, auf einfache Art unsere eigene Sichtweise infrage zu stellen.

Wie trägt Ihre Arbeit dazu bei, internationale Aufmerksamkeit auf die Lage im Sudan zu lenken? Gibt es konkrete Beispiele, bei denen Ihre Arbeit etwas bewirkt hat?

Ja, viele. Ich bin seit 2007 oder 2008 aktiv und bekomme regelmäßig Nachrichten von Menschen, die mir sagen, dass meine Arbeit sie bewegt oder ihre Wahrnehmung verändert hat.

In letzter Zeit mache ich mehr Film- als Cartoon-Projekte. Ein Beispiel ist „Bahar“ (Meer), eine siebenminütige Video-Installation über Flüchtlinge, die das Mittelmeer überqueren. Sie besteht ausschließlich aus realem Material, das ich online gefunden habe. Die Installation erzeugt ein Erlebnis – sie zwingt einen, diese Reise mitzuerleben. Wir sind es eigentlich nicht mehr gewohnt, eine Situation in einem Clip auf Social Media länger als ein paar Sekunden zu sehen, bevor wir weiter scrollen. Aber hier versetze ich die Leute in diese Situation, und sie müssen sieben Minuten lang dabeibleiben, sozusagen zusammen mit den Menschen, die das wirklich durchlebt haben. Das hat viele bewegt.

Ich habe auch eine Ausstellung in Doha gemacht namens „Shahid“, was „Zeuge“ bedeutet. Ausgangspunkt war der anhaltende Konflikt in Palästina, aber weil ich aus dem Sudan komme, wollte ich auch auf den Mangel an Bildmaterial aus meinem Land aufmerksam machen. Leider neigen Menschen dazu, Krisen auszublenken, die sie nicht sehen. Beide Kriegsparteien im Sudan betrachten Kameras als Bedrohung und Waffe. Ein Freund sagte mir, dass es für ihn gefährlicher sei, mit einer Kamera unterwegs zu sein als mit einem Gewehr.

Was war Ihr Ziel mit „Shahid“?

Mit „Shahid“ will ich auf den Widerspruch aufmerksam machen, dass trotz der Fülle an Informationen und Livestreams, die den Genozid in Gaza dokumentieren, viele Menschen einfach wegsehen. Wenn selbst sichtbares Leid ignoriert wird, bleibt der Konflikt im Sudan – von dem kaum Bilder nach außen dringen – umso unsichtbarer.

„Meine Cartoons sind ein Ventil, um Erlebtes zu verarbeiten.“



Ich wollte das Publikum so zu Zeug*innen machen und Verantwortung einfordern – nicht nur für Gaza, sondern auch für den Sudan und darüber hinaus. Jedes verlorene Leben darf keine bloße Statistik sein. Wer war diese Person? Wie hieß sie? Wer hat ihr das Leben genommen? In beiden Konflikten wird das Massensterben achselzuckend hingenommen, was zu Völkermord und einer der schlimmsten Vertreibungskrisen geführt hat.

Durch meine Arbeiten versuche ich, ein Gefühl der Solidarität zu schaffen – zwischen Menschen, die einerseits weit entfernt, andererseits tief betroffen von diesen Tragödien sind. Sich in andere hineinzusetzen, auch durch Kunst, kann letztlich zu echtem Wandel führen.

Wie verbinden Sie Humor mit der Ernsthaftigkeit der Themen, die Sie behandeln?

Als ich anfing, wollte ich in einer Zeitung veröffentlicht werden, denn in den 2010er-Jahren war das der einzige Weg, als Cartoonist*in ernst genommen zu werden. Ein Redakteur warf mich einmal aus seinem Büro, weil er meine Cartoons nicht lustig fand. Er fragte: „Wo sind die Sprechblasen? Wie sollen die Leute das verstehen?“

Ich antwortete: „Sie sind nicht lustig, weil die Situation nicht lustig ist.“ Ich versuche nicht, lustig zu sein, sondern die Realität abzubilden. Wenn dabei etwas Satirisches herauskommt, ist das okay. Wenn meine Gefühle dunkler sind, wird auch das Werk dunkler. Deshalb habe ich mich entschieden, unabhängig zu bleiben und nicht für eine Zeitung zu arbeiten.

Ich denke nicht in den Kategorien Humor und Ernsthaftigkeit. Meine Arbeit entsteht so, wie ich mich fühle, und mit Cartoons ist das möglich. Sie sind ein Ventil, um Erlebtes zu verarbeiten.

Welche Rolle spielen soziale Medien und das Internet für Sie und Ihre Arbeit?

Ohne soziale Medien würden wir dieses Gespräch nicht führen. Sie haben mir Raum für meine Arbeit gegeben und sie einem breiten Publikum zugänglich gemacht – wie für viele andere auch. Das Internet hat unsere Arbeiten auf die Bühne gebracht.

Meine Werke stehen unter einer Creative-Commons-Lizenz – sie dürfen also frei verwendet und verbreitet werden. Das spiegelt den frühen Geist des Internets wider: Offenheit und Teilen. Ich sehe das Internet als ein modernes Zeugnis menschlicher Zivilisation, ähnlich wie die alten Bibliotheken von Alexandria oder Mali.

Für mich als jemanden aus dem Sudan, wo Reisebeschränkungen und Visaverweigerungen üblich sind, war das Internet transformativ. Es erlaubte mir, mit Menschen weltweit in Kontakt zu treten und Grenzen zu überwinden. Diese Offenheit fördert Neugier – sie lässt uns über die Schubladen hinausblicken, in die wir hineingesteckt wurden. Dafür war das Internet gedacht. Und eine Zeit lang funktionierte es auch. Es ermöglichte den Arabischen Frühling, aber eben auch Trump.

Heute jedoch wird das Internet zunehmend missbraucht. Regierungen nutzen es für Propaganda, und Milliardäre gestalten Plattformen für ihre politischen Ziele. Trotzdem gab es einen kurzen Moment echter Freiheit – als soziale Medien Raum für kreativen und intellektuellen Ausdruck boten.

„Es ist jetzt ein völlig
anderes Internet.
Wer es kontrolliert —
wer Aufmerksamkeit
kontrolliert —
kontrolliert die Welt.“

Was hat diese Veränderung des Internets mit Ihnen und Ihrer Arbeit gemacht?

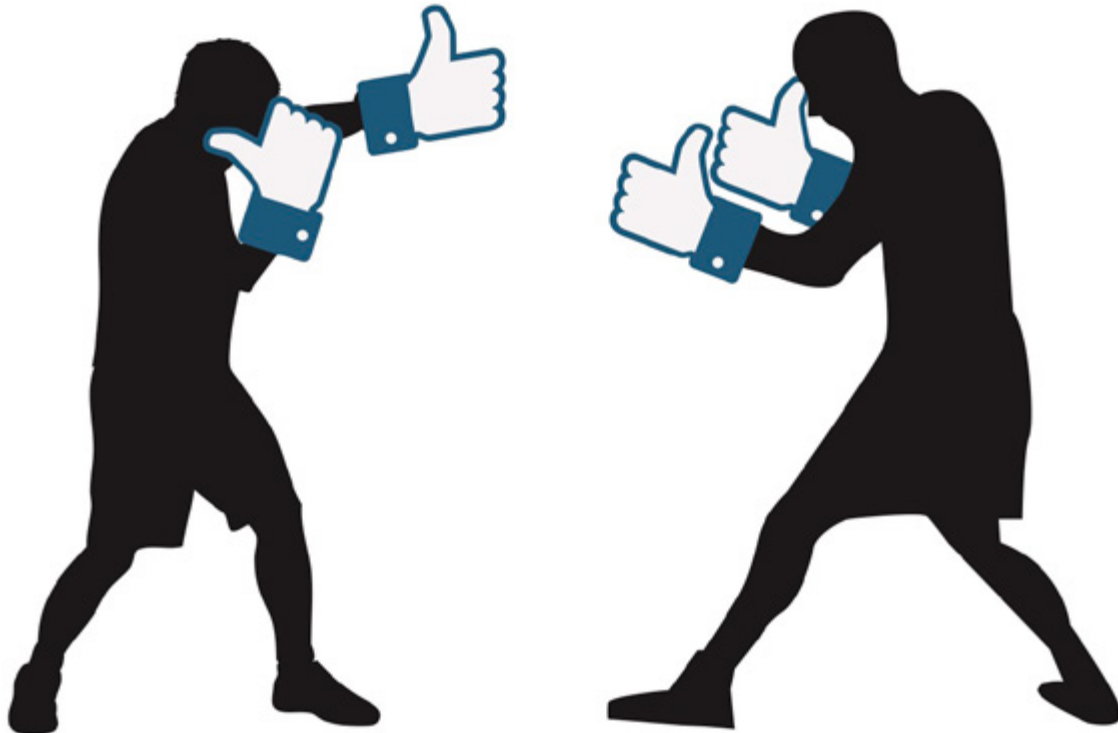
Ich meine, ich nannte mich früher einen Internetkünstler, weil ich genau dort existierte – ich hatte keine Zeitungskolumne, keine Ausstellungen. Ich zog einfach von einer Social-Media-Plattform zur nächsten und versuchte, präsent zu sein, wo immer ich konnte.

Doch mit der Zeit verblasste der soziale Aspekt der sozialen Medien. Früher fühlte es sich wie ein öffentlicher Platz an, ein Raum für echte Gespräche. Heute ist es mehr ein Sendekanal – die Leute reden, aber niemand hört wirklich zu. Algorithmen entscheiden, was sichtbar ist und wessen Stimme verstärkt wird. Unsere Aufmerksamkeit, zusammen mit unseren Daten, ist zur Ware geworden.

Es ist jetzt ein völlig anderes Internet. Wer es kontrolliert – wer Aufmerksamkeit kontrolliert – kontrolliert die Welt. Und Elon Musk ist heute, wer er ist, richtig? Aber ich glaube, dass wir, die Teil der früheren, offeneren Netz-Kultur waren, irgendwann etwas Neues schaffen werden – ein Internet, das diese Freiheit zurückbringt.

„Boxing“ von Khalid Albaih.

Illustration: Khalid Albaih
creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/2.0/
[flickr.com/photos/khalidalbaih/40445705020/](https://www.flickr.com/photos/khalidalbaih/40445705020/)
 no changes were made

**Wie hat sich Zensur auf Ihre Arbeit ausgewirkt?**

Was dem frühen Internet passiert ist, ist auch mir passiert. Wir wurden vertrieben, zensiert, bedroht. Wir mussten gehen, uns selbst zensieren, sorgfältig abwägen, was wir sagten und wie wir es sagten – bis wir schließlich einfach stummgeschaltet wurden.

Deshalb mache ich heute kaum noch Cartoons. Früher habe ich täglich einen gezeichnet, aber ich habe gemerkt, dass sie ins Leere laufen. Sie sind einfach im Nichts verschwunden, unterdrückt von Algorithmen, die bestimmte Stimmen gezielt ausblenden. Deshalb habe ich meinen Schwerpunkt auf andere Projekte verlagert. Und natürlich hat Meta viele meiner Cartoons entfernt.

Aber man muss bedenken, dass Zensur heute oft nicht direkt ist, sondern eher subtil. Anstatt offen gesperrt zu werden, wirst du einfach ignoriert. Die Reichweite wird be-

schnitten, die Kommunikation verebbt, und die Angst, überwacht zu werden, ist ständig präsent. Das betrifft nicht nur den globalen Süden. Es gibt diese orientalistische Vorstellung, dass Zensur nur in Ländern wie Iran oder Syrien passiert. Aber schauen wir uns an, was mit den Karikaturist*innen der Washington Post passiert ist, die gekündigt haben, als ihre Arbeiten, in denen sie Tech-Giganten kritisierten, verworfen wurden. Selbst die New York Times hat 2019 in ihrer internationalen Ausgabe die täglichen politischen Cartoons abgeschafft.

In einer Ihrer älteren Karikaturen steht: „Früher haben wir unsere Kunst zum Kämpfen benutzt, heute soll sie uns heilen.“ Spiegelt das Ihre Erfahrung wider?

Ich wurde in Rumänien geboren, wo mein Vater Diplomat war. Wir zogen immer wieder in den Sudan, verließen ihn schließlich aus politischen Gründen ganz und landeten in

Doha. Als ich mit den Cartoons angefangen habe, konnte ich nicht in den Sudan zurückkehren – bis zur Revolution 2019, und selbst dann musste ich im Verborgenen bleiben. Zurzeit bin ich in Norwegen, faktisch im Exil. Aber der Sudan ist mein Zuhause – jedenfalls das, was davon übrig ist.

Es ist sehr schwer, eine Last zu tragen, die unlösbar scheint. Man ist nur ein Mensch, ein kleiner Teil eines Landes und Systems, das eigentlich funktionieren sollte. Scheitert es, isoliert und frustriert das. Viele wollen einfach nur leben – ihre Kinder zur Schule bringen, ihren Alltag meistern. Nach Jahren der Diktatur oder Autokratie sind die meisten einfach müde.

In den letzten 15 Jahren habe ich erkannt, dass man diesen Kampf nicht allein führen kann. Und letztlich kann man ihn nicht gewinnen, wenn die Gegenseite über Geld, Überwachung und die Macht verfügt, Menschen verschwinden zu lassen. Ich begann, meinen Ansatz zu überdenken. Anstatt direkt zu kämpfen, habe ich mich gefragt: Was kann ich jetzt tun, um in Zukunft etwas zu bewirken?

Deshalb habe ich mich auf Projekte wie meine Cartoon-Sammlung, das Magazin „Khartoon!“, konzentriert. Es geht dabei nicht nur um mich, sondern um kollektive Anstrengung. Wir heilen gemeinsam, finden neue Arbeitsorte und -weisen. Es geht darum, einen geschützten Raum zu schaffen, in dem Künstler*innen sich ohne Angst ausdrücken können. Denn wie können wir ohne einen Raum zum Gestalten und Reden überhaupt anfangen zu heilen? Andererseits ist Widerstand selbst auch eine Form von Heilung.

Die Welt entwickelt sich nicht zum Besseren – die Meinungsfreiheit ist bedroht, Gewalt eskaliert vielerorts. Was motiviert Sie, trotz der Risiken und Herausforderungen weiterzumachen?

Mich motiviert das Gefühl, dass es noch eine Chance gibt. Die Geschichte erinnert sich nicht an Kunst, die in Friedenszeiten entstanden ist – es ist die Kunst aus Krisenzeiten, die bleibt. Wenn alles in Ordnung ist, schaffen die Menschen natürlich schöne Dinge. Aber jetzt ist die Zeit, wirklich kreativ zu sein und Wege zu finden, für die Nachwelt festzuhalten, dass selbst in den dunkelsten Zeiten Menschen aufbegehrt haben.

Leider wird Geschichte meist von den Siegreichen geschrieben. Wenn wir jetzt aufhören, könnte alles, wofür wir gearbeitet haben, ausgelöscht werden. Ich denke oft an die Pyramiden – wie großartig sie sind, ein Symbol der Macht. An die Pharaonen erinnern sich die Menschen. Und obwohl sie zahllose Menschen versklavt und getötet ha-

ben, gelten sie noch immer als Könige. Aber was ist mit denen, die die Pyramiden gebaut haben? Was ist mit denen, die Widerstand leisteten?

Sie haben keine Denkmäler. Die Kamera war nie auf sie gerichtet. Doch wer Geschichte wirklich studiert, kennt sie, weil sie auf irgendeine Weise Spuren hinterlassen haben. Genau das ist unsere Aufgabe als Künstler*innen: eine alternative Erzählung anzubieten und die Version der Geschichte zu hinterfragen, die unsere neuzeitlichen Pharaonen zu schreiben versuchen. Jetzt ist es an der Zeit, dafür zu sorgen, dass unsere Stimmen Teil dieser Geschichte sind.



KHALID ALBAIH

ist ein politischer Cartoonist aus dem Sudan, Bürgerrechtler und freier Journalist.

euz.editor@dandc.eu

WEIBLICHE COMEDIANS

Nicht nur Lachnummern

In Indien stellen weibliche Comedians soziale Normen, das Patriarchat und auch ihre eigene Weltsicht in Frage. Sie verschieben die Grenzen dessen, was als Humor gilt, aber sie wollen die Menschen nicht nur zum Lachen bringen – sondern zum Zuhören.

VON IPSITA SAPRA



Foto: Screenshot YouTube / Aditi Mittal

Sanitary Napkins | Things They Wouldn't Let Me Say (Stand-up Comedy)



Aditi Mittal
233.000 Abonnenten

Abonnieren

53.046



Teilen

Herunterladen

Clip



Plattformen wie YouTube sind entscheidend für die Sichtbarkeit weiblicher indischer Comedians.

Anrufer:

Hallo. Ist das Mr. Bhattis Haus?

Mr. Bhattis Frau:

Hallo, ja, das Haus ist seins. Aber hey, das Land hat mein Vater als Aussteuer für mich gegeben!

”
“

Diese Szene stammt aus einer indischen Fernseh-Comedy-Show aus den 1980er-Jahren. Schon damals spielten Frauen kleine, aber wichtige Rollen, die auf subtile Weise tiefgründige soziale Botschaften vermittelten. Heute sind diese Rollen deutlich größer. Besonders Stand-up-Comedy hat zugenommen und es gibt wesentlich mehr Performerinnen – meist junge, englischsprechende Städterinnen.

Feministische Stand-up-Comedy ist mehr als Unterhaltung. Sie funktioniert wie Satire und nimmt gesellschaftliche Werte und Machtstrukturen unter die Lupe. Somit ist sie eine Chronik unserer Zeit, ein sozialer Kommentar der Politik. In einer Welt geprägt von Überwachung und Zensur bietet sie einen Raum, schwierige Themen auf nicht bedrohliche, aber zum Nachdenken anregende Weise anzusprechen.

COMEDY NEU DEFINIEREN

Stand-up-Comedy war in Indien lange ein männlich dominiertes Genre. Wenn man den Ticketpreisen Glauben schenken darf, haben Namen wie Vir Das mit höheren Gagen, internationalen Auftritten und Firmenkunden offenbar eine viel größere Anziehungskraft. Wie Aditi Mittal, eine der erfolgreicheren Komikerinnen, sarkastisch beobachtet:

„Weibliche Stand-up-Comedians sind Diversity-Kandidatinnen. Hallo Vagina, bitte sag etwas, irgendetwas!“

Dennoch hinterfragen weibliche Stand-up-Comedians soziale Normen, entlarven Stereotypen und definieren Humor neu. Ihre Comedy wirft ein Schlaglicht auf Frauenfeindlichkeit im Alltag, die untergeordnete Position von Frauen zu Hause und im Job, unrealistische Schönheitsideale und aktuelle Themen, über die die Gesellschaft oft schweigt.

Stand-up-Comedy für Frauen behandelt zusammenhängende Themen wie das Patriarchat, Gendernormen, Sexualität, Dynamiken am Arbeitsplatz, Körper- und Schönheitsnormen, intergenerationale Konflikte und neuerdings auch Behinderung, Kastendiskriminierung und LGBTQI+-Identitäten.

DAS PATRIARCHAT ENTLARVEN

„Meine Schwiegereltern lieben mich so sehr, dass sie mich kaum rauslassen. Das zeigt, wie unersetzlich ich für sie bin, und wie traurig sie wären, wenn ich nur für ein paar Stunden ausginge“,

sagt Adya Srivastava. Weibliche Comedy legt schwierige Wahrheiten über den Einfluss patriarchaler Normen im Alltag offen. Sie schafft einen Raum, um das sich als Familienwert ausgebende Patriarchat zu entlarven.

Selbstironie hilft auch, soziale Urteile über weibliche Entscheidungen anzusprechen. Shreya Priyam Roy witzelt:

„Ich bin eine ethische Goldgräberin. Es gibt einige Dating-Apps, aber LinkedIn ist bei weitem die beste.“

Zugleich benennen solche Witze Klischees und erkennen gleichzeitig an, wie tief das Patriarchat verwurzelt ist – auch bei Frauen.

Das gilt auch für Fragen der Sexualität – in Indien ein Tabuthema. Frauen, die offen darüber sprechen, gelten als skandalös. Mit Comedy können sie diese Grenzen durchbrechen.

„Dildo ist Vergnügen ohne Patriarchat“,

sagt Devanshi Shah. Dieser offene Umgang mit weib-

licher Lust hat sowohl Anerkennung als auch Kontroversen hervorgerufen.

Shraddha Jain behandelt Probleme am Arbeitsplatz.

„Ich bin ein Firmen-Aschenputtel. Für ein einziges Jahresevent kaufe ich mir von der Gehaltserhöhung, die ich nicht bekomme, ein teures Kleid.“

Das kommt bei Frauen gut an, da es ihren Erfahrungen von Enttäuschungen und Ablehnung entspricht.

„Ich bekomme keine Auszeichnungen. Ich bekomme Widmungen. Meine Vorgesetzten widmen ihre Auszeichnungen Nachwuchskräften wie mir und nehmen sie dann mit nach Hause.“

Dieser Humor betont die rein symbolische Wertschätzung, die Frauen in Jobs ohne echte Aufstiegschancen oft erleben.

STIMMEN VOM RANDE DER GESELLSCHAFT

Ein positiver Trend ist, dass es inzwischen auch einige wenige weibliche Comedians mit marginalisierten Identitäten gibt, inklusive solcher mit Behinderungen und aus der LGBTQI+-Community. Die Pointen der sehbehinderten Komikerin und Aktivistin Nidhi Goyal zielen auf Behindertenfeindlichkeit:

„Ich bin blind. Aber das ist Liebe auch. Kommt drüber hinweg, Jungs.“

Indem sie ihre eigenen Erfahrungen für ihre Comedy nutzt, setzt sie sich für Inklusion in der Unterhaltungsindustrie ein. Gurleen Kaur erklärte vor Publikum: **„Ich bin bisexuell.“** In die darauffolgende Stille fragte sie:

„Wenn jeder so ruhig auf mein Coming Out reagieren würde, hätte ich es auch meiner Familie sagen können, oder?“

Das Gelächter daraufhin wirkte zumindest wie Akzeptanz.

Auch Diskriminierung von Kasten wird thematisiert. Obwohl nur wenige Frauen oder queere Menschen darüber sprechen, öffnet sich dieser Raum dank neuer Akteur*innen wie der queeren Dalit-Komikerin Ankur Tangade. Trotz ihrer sozialen Relevanz lehnen Veranstalter solche Comedy oft ab, aus Angst, das Publikum zu verprellen.

HÜRDEN JENSEITS DER BÜHNE

Der Einfluss feministischer Stand-up-Comedians wächst, und doch werden sie oft angefeindet, schlechter bezahlt, und bekommen kaum Chancen in der Mainstream-Branche.

So berichten Komikerinnen etwa, dass sie zu von Unternehmen organisierten „Frauenförderungsveranstaltungen“ eingeladen werden, dort aber kostenlos auftreten sollen.

Es gibt auch Spannungen zwischen der Infragestellung von Hierarchien und dem Versuch, „dazuzugehören“ und von einem breiteren Publikum akzeptiert zu werden. Die Ungleichheit in der Branche geht weit über die Bühne hinaus – weniger Auftritte und weniger Mentoring-Chancen führen dazu, dass manche Komikerin sich dem männlichen Humorstil anpasst.

Dank Social Media können weibliche Comedians ihre Meinung aber dennoch über Instagram-Reels, Netflix-Events oder YouTube-Clips kundtun – Plattformen, die besonders für jene zugänglich sind, die mit wirtschaftlichen, kulturellen und logistischen Hürden für Live-Auftritte zu kämpfen haben.

In einer Zeit, in der Indien zu mehr Geschlechter-Repräsentanz drängt, haben sich weibliche Stand-up-Comedians einen Platz als kulturelle Störenfriede geschaffen. Sie zeigen, dass die Erfahrungen von Frauen entscheidend sind, wenn es darum geht, unbequeme Wahrheiten zu benennen und auszuweiten, was als lustig gilt. Bei ihrer Comedy geht es jedoch bei Weitem nicht nur darum, Lacher zu ernten, sondern auch darum, Bewusstsein zu schaffen und zum Nachdenken anzuregen.



IPSITA SAPRA

ist Associate Professor an der School of Public Policy and Governance am Tata Institute of Social Sciences, Hyderabad.

ipsita.sapra@tiss.edu

INTERNETKULTUR

Wo Witz und Tragik Hand in Hand gehen

In Kenia sind Memes ein beliebtes Mittel, um die Regierung und insbesondere Präsident William Ruto zu kritisieren. Während der Jugendproteste im vergangenen Jahr ergoss sich eine ganze Meme-Flut über Social Media. So lustig manche Inhalte auch sind, so tragisch sind die gesellschaftlichen Hintergründe.

VON ALBA NAKUWA

Screenshot: X. @MwangoCapital



Dieses Meme verbreitete sich in Kenia nach der Ankündigung von Präsident William Ruto, für Schulen eine Maschine zu kaufen, die Chapati – ein beliebtes Fladenbrot – macht. Viele erachten dies gegenüber anderen Problemen im Land als überflüssig.

In Kenia – wie überall auf der Welt – geht mit der wachsenden Präsenz von Social-Media-Plattformen die rasche Verbreitung von Memes einher. Dabei handelt es sich um knapp gehaltene Medieninhalte wie Bilder, Videos, Audios oder Texte von eher geringer Größe, die überwiegend humoristisch sind und von Nutzer*innen leicht kopiert, variiert und verbreitet werden können. Memes sind ein wichtiger Teil der Internetkultur.

Die Urheber dieser Inhalte werden in Kenia „Meme-Lords“ genannt. Es sind teils Einzelpersonen, teils Accounts wie Karis Memes, Funny Kenya Memes oder Kenyan Memes Page. Sie posten ihre Inhalte auf Social Media und in Messenger, wo andere Unterhaltungsseiten sie teilen. So haben Memes wie das oben gezeigte große Popularität gewonnen und ein Gefühl der Zusammengehörigkeit unter den Kenianer*innen geschaffen, insbesondere auf X, Instagram, TikTok und Facebook. Viele Memes haben politische Inhalte und orientieren sich an aktuellen Nachrichten aus traditionellen Medien.

Satire und politischer Humor haben in Kenia Tradition. Zum Beispiel zeigte der Fernsehsender NTV Kenya von 2015 bis 2022 nach den 21-Uhr-Nachrichten ein Format namens „Bull’s Eye“. Die Satiresendung nahm auf urkomische Weise die jüngsten gesellschaftspolitischen Ereignisse aufs Korn und machte sich über Eliten und immer unbeliebter wer-

„Während manche Memes für politische Bildung einsetzen, nutzten andere sie, um politische Gegner in die Irre zu führen und von den echten Problemen abzulenken.“

dende Politiker*innen des Landes lustig. Die Zuschauer*innen konnten sich live telefonisch zu Wort melden.

KRITIK AN DER REGIERUNG

Auch Memes dienen der direkten politischen Meinungsäußerung. Kenianer*innen nutzen sie als Instrument, um humorvoll Kritik an der Regierung und den Zuständen der Demokratie in ihrem Land zu üben. Als beispielsweise im vergangenen Jahr junge Kenianer*innen wochenlang gegen die Finanzpolitik der Regierung demonstrierten, wurde Social Media mit verschiedenen Memes geflutet. Während manche Memes für politische Bildung eingesetzt wurden, nutzten andere sie, um politische Gegner in die Irre zu führen und von den echten Problemen abzulenken.

Während der Proteste nahm die Verwendung von Memes als einer codierten Form der Kommunikation zu: Verstehen konnte sie nur, wer die Anspielungen und Doppeldeutigkeiten kannte. Der Austausch der Memes und anderer Inhalte fand vermehrt auf Instagram und TikTok statt – jenseits von Mainstream-Medien wie den großen Fernsehsendern.

Die Gen Z verlor offensichtlich das Vertrauen in Präsident William Ruto und die Regierungskoalition Kenya Kwanza („Kenya First“). Sie suchte nach Möglichkeiten, ihren Frust zu zeigen und verknüpfte Memes mit Hashtags wie #siasambaya („schlechte Politik“) oder #zakayoshuka („Zachäus steige herab“). Letzterer vergleicht Ruto mit dem berühmten Steuereintreiber in der Bibel, der seine Macht missbrauchte und den Menschen mehr abknöpfte, als er sollte. In Memes wird Ruto auch als „Kaunda Uongoman“ bezeichnet. Der erste Teil des Namens verweist auf seine Vorliebe für den Kaunda-Anzug, ein zweiteiliges Kleidungsstück, das insbesondere in Ostafrika populär ist. Der zweite Teil bezeichnet ihn als Lügner.

In der Vergangenheit begrüßte Ruto durchaus den Einsatz von Humor in der Politik und nutzte ihn als Instrument, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Nun ruft er die Kenianer*innen dazu auf, Humor nicht zur Belästigung und Verleumdung einzusetzen. Beispielsweise kritisierte er in einer Rede, dass er in einem populären Meme in einem Sarg liegend dargestellt wurde und beklagte, Angelegenheiten von Leben und Tod würden als Witz betrachtet.



Screenshot: x.com/@kibuiX

Ironischerweise eskalierten die Proteste gegen die Regierungspolitik tatsächlich schnell zu einer Angelegenheit von Leben und Tod. Die Kenianische Nationale Menschenrechtskommission, eine staatliche Kontroll- und Beratungsbehörde, verzeichnete zwischen Juni und Dezember vergangenen Jahres 82 Entführungen junger Menschen. Sie werden in Verbindung gebracht mit Versuchen, abweichende Stimmen zum Schweigen zu bringen. Aufgrund des öffentlichen Aufschreis und der Verurteilung durch Menschenrechtsorganisationen kamen einige der Entführten Anfang 2025 frei. Viele werden aber weiterhin vermisst.



ALBA NAKUWA

ist eine freie Journalistin aus dem Südsudan. Sie lebt in Nairobi.

albanakwa@gmail.com



Foto: dpa / Anadolu / Devit Kachachishvili

Mit Liebe zu fairen Wahlen und zur Mitgliedschaft in der Europäischen Union: Protest gegen die Entscheidung von Premierminister Irakli Kobakhidze, die Verhandlungen über den EU-Beitritt des Landes auszusetzen, im Dezember 2024 in Tiflis, Georgien.

GEWALTFREIER PROTEST

Mit Humor gegen Unterdrückung

Gewaltfrei und trotzdem wirksam: Humor kann eine effektive Taktik sein, um gegen autoritäre Regime zu protestieren. Sie wurde in Ländern von Serbien bis Thailand eingesetzt.

VON SOPHIA A. MCCLENNEN UND SRDJA POPOVIC

Als die Nacht über Tiflis in Georgien hereinbricht, strömen Tausende von Demonstrant*innen auf die Straßen. Es ist Dezember 2024, etwas mehr als einen Monat nach den georgischen Parlamentswahlen. Die Demonstrierenden fordern Transparenz bei der Wahlauswertung und prangern an, was sie als Verrat empfinden: den abrupten Abbruch der EU-Verhandlungen durch die regierende georgische Partei „Der Traum“, die ihnen zufolge nur durch Wahlbetrug an die Macht gekommen ist. Doch inmitten der angespannten Atmosphäre kommt es zu einer unerwarteten Szene: Zwei Demonstrierende treten in

die Mitte der Menge und beginnen, ihre Mäntel zu tauschen. Es folgen ihre Hüte, ihre Pullover, bis sie sich schließlich komplett umgezogen haben. Die Menge bricht in Gelächter aus, als jemand über ein Megafon verkündet: „Das ist der unbestreitbare Beweis für die falsche Identität der Demonstrant*innen, die unser geliebter Bürgermeister gestern Abend live im Fernsehen enthüllt hat!“

Mit der Kleidertauschaktion spielten sie auf eine Aussage des Bürgermeisters von Tiflis an, Kacha Kaladse. Dieser hatte behauptet, die Demonstrierenden würden sich verkleiden, um

„Widerstand muss nicht wütend oder aggressiv sein, um zu wirken: Es kann weitaus destabilisierender sein, sich über Machtmissbrauch lustig zu machen.“

unerkannt an verschiedenen Kundgebungen teilnehmen zu können. So suggerierte er, dass die Menge täusche: „Es sind immer dieselben Leute, die an den Märschen teilnehmen und sich sehr schnell umziehen. Ich glaube, sie sind gut trainiert, denn es ist nicht leicht, innerhalb einer Stunde an einer, zwei oder gar drei Demonstrationen teilzunehmen!“ Die Behauptung war so offensichtlich absurd, dass sie in Georgien eine Welle des humorvollen Trotzes auslöste.

Tausende von Kilometern entfernt, in Maputo, Mosambik, sehen sich Demonstrierende weitaus mehr Gewalt ausgesetzt. Es ist Ende November 2024. Bei früheren Razzien sollen der Opposition zufolge mehr als 50 Demonstrant*innen getötet worden sein. Nun bereitet sich die Polizei darauf vor, eine Menschenmenge aufzulösen, die eine Neuauszählung der Stimmen fordert. Doch statt sich zurückzuziehen, knien die Menschen nieder und singen die Nationalhymne. Die Polizei, von einem Meer von Kameras begleitet, steht vor einem Dilemma. Entweder sie befolgt die Befehle und geht gewaltvoll gegen diese Menschen vor, die friedlich ihren Patriotismus ausdrücken, und riskiert dafür international Kritik zu ernten. Oder sie hält sich zurück. Die Polizei entschied sich für die erste Option – was die Demonstrierenden jedoch nicht davon abhielt, die Strategie bei weiteren Protesten in den folgenden Monaten zu wiederholen.

Beide Aktionen sind Beispiele für sogenannte Dilemma-Aktionen, eine effektive und kreative Form des Widerstands. Sie zwingen Regime und ihre Sicherheitskräfte in Lose-Lose-Situationen, in denen sie nur verlieren können. Die Aktionen zeigen die Schwächen des Apparats auf und schaffen mehr öffentliche Unterstützung für den Protest.

WARUM DILEMMA-AKTIONEN FUNKTIONIEREN

Dilemma-Aktionen bringen nicht nur gute Geschichten hervor, sie zeigen auch Wirkung. Unsere Forschung zeigt, dass sie ein wichtiges Mittel gewaltfreier Bewegungen sind. Sie stellen repressive Regime vor schwierige Entscheidungen. Wie sie auch reagieren – ob zurückschlagen, Zugeständnisse machen oder nichts tun –, letztlich wird ihre Reaktion die Protestbewegung stärken. Erfolgreiche

Dilemma-Aktionen wecken Sympathien und motivieren mehr Menschen, sich am Protest zu beteiligen.

Zu den wichtigsten Vorteilen von Dilemma-Aktionen gehören:

1) Eine andere Sichtweise: Autoritäre Regime stellen sich meist als besonders rechtschaffen dar. Dilemma-Aktionen jedoch decken auf, dass sie oft heuchlerisch sind. Sie erleichtern es, die Widersprüche und Absurditäten autoritärer Herrschaft aufzudecken.

2) Mehr Beteiligung: Alle Bewegungen leben davon, dass Menschen mitmachen. Durch Humor und symbolische Aktionen werden die Ziele oppositioneller Bewegungen für mehr Menschen anschlussfähig und attraktiv.

3) Die Sicherheitskräfte entwaffnen: Die Polizei ist darauf trainiert, Aggressionen entgegenzutreten, und weiß oft nicht, wie sie auf spielerische oder patriotische Proteste reagieren soll. Sie riskiert ihre Glaubwürdigkeit, wenn sie friedliche Demonstrierende angreift.

4) Weltweite Aufmerksamkeit: Kreative Taktiken sind sehr medienwirksam. Wenn die Aktionen clever gemacht sind, sind sie für die internationalen Medien meist unwiderstehlich. Die Geschichten verbreiten sich schnell und können weltweite Unterstützung für die Bewegung einbringen.

HUMOR ALS TEIL DES WIDERSTANDS

In Dilemma-Aktionen wird oft Humor eingesetzt, wir nennen das „laughtivism“. Obwohl es kontraintuitiv erscheinen mag, ist Humor eine wirksame Waffe im Kampf gegen Repression und Unterdrückung. Die Taktik hat sich in vielen Ländern von Serbien bis Thailand als erfolgreich erwiesen. Wenn Menschen über ein autoritäres Regime lachen, untergräbt dies dessen Autorität.

In Serbien machten sich Aktivist*innen über Diktator Slobodan Milošević lustig, indem sie ein Benzinfass mit seinem Gesicht bemalten, auf einem öffentlichen Platz aufstellten, einen Baseballschläger dazu legten und Passant*innen aufforderten, auf das Fass einzuschlagen. Die Polizei stand vor der Wahl, das Fass zu beschlagnahmen und sich damit lächerlich zu machen, oder es stehen und die öffentliche Empörung eskalieren zu lassen.

In Deutschland wurde ein Neonazi-Aufmarsch in eine „unfreiwillige Spendenaktion“ umgewandelt. Für jeden Meter, den der Nazimarsch zurücklegte, verpflichteten sich lokale Unternehmen, an EXIT Deutschland zu spenden – eine Organisation, die Neonazis beim Ausstieg hilft. Die Anwohner*innen standen am Straßenrand, jubelten dem Auf-

marsch zu und trugen Plakate mit der Aufschrift „Wenn das der Führer wüsste!“

In Russland umgingen Aktivist*innen ein Demonstrationsverbot, indem sie Spielzeugfiguren mit Anti-Putin-Schildern aufstellten. Die Behörden fühlten sich bedroht und verboten den Spielzeugprotest mit der Begründung: „Spielzeuge sind keine russischen Bürger“. Das harte Durchgreifen brachte ihnen nur Spott und internationale Medienaufmerksamkeit ein.

Diese Beispiele zeigen: Humor kann Ängste abbauen und die Unsicherheiten autoritärer Regime aufdecken. Vor allem aber gibt er gewaltfreien Protestbewegungen Auftrieb.

WELCHE DILEMMA-AKTIONEN WIRKSAM SIND

Häufig entstehen Dilemma-Aktionen spontan. Wie in Kasachstan, als jemand ein leeres Protestschild hochhielt, um gegen das Demonstrationsverbot zu protestieren. Dies löste eine Reihe von Nachahmungsaktionen aus. Die erfolgreichsten Dilemma-Aktionen sind jedoch sorgfältig geplant.

Wir haben 400 Dilemma-Aktionen weltweit ausgewertet, auf unserer Website „Tactics4Change“ dokumentiert und untersucht, wann Aktionen erfolgreich sind. Dazu gehört:

1. Das richtige Thema setzen: Erfolgreiche Aktionen bauen auf einer weit verbreiteten Überzeugung auf, der man nur schwer widersprechen kann. Der oben beschriebene Protest in Mosambik war zum Beispiel auch deshalb so erfolgreich, weil man dort davon ausgeht, dass Menschen, die friedlich die Nationalhymne singen, keine Staatsfeinde sein können.
2. Ein gutes Ziel auswählen: Erfolgreiche Aktionen decken Widersprüche in der Argumentation des Regimes auf, ohne potenzielle Unterstützer*innen zu verprellen.
3. Eine spielerische Strategie entwickeln: Humor, Kreativität und symbolische Aktionen müssen im Einklang mit dem kulturellen und sozialen Kontext stehen. Man sollte über Machtmissbrauch auf eine Weise lachen, die andere lustig und intelligent finden.
4. Verstärkung der Aktion: Medien können die Botschaft verbreiten. Laughtivism-Aktionen sind häufig als Memes oder Videos in den sozialen Medien viral gegangen. Einer guten Kampagne geht eine sorgfältig geplante Medienstrategie voraus.
5. Die Reaktion des Regimes vorhersehen: Aktivist*innen sollten sich auf mögliche Reaktionen vorbereiten, um die Kontrolle über die Geschichte zu behalten.

Dilemma-Aktionen kommen oft einfach und spielerisch daher, sind aber in der Regel strategisch vorbereitet. In der Türkei zum Beispiel inszenierten Aktivist*innen einen „Kiss-in“ in U-Bahn-Stationen, um gegen sogenannte Sittengesetze zu protestieren. Die Behörden standen vor einem peinlichen Dilemma: Sollten sie wirklich Menschen wegen Küssens verhaften? Letztlich gelang es der „Kiss-in“-Bewegung, die Absurdität der neuen Gesetze aufzuzeigen und breite Unterstützung zu finden.

Die jüngsten Ereignisse in Georgien und Mosambik zeigen erneut: Widerstand muss nicht wütend oder aggressiv sein, um zu wirken. Es ist zwar sinnvoll, auf Machtmissbrauch wütend zu sein, es kann aber weitaus destabilisierender sein, sich darüber lustig zu machen. Spott untergräbt die Glaubwürdigkeit eines Regimes. Ob beim Manteltausch in Tiflis oder beim Singen der Nationalhymne in Maputo – gewaltfreier Widerstand kann Humor, Patriotismus und Kreativität nutzen, um Autoritarismus auf unerwartete Weise herauszufordern.

LINKS

Tactics4Change: www.tactics4change.org

McClennen, S., Popovic, S., Wright, J., 2023: How to sharpen a nonviolent movement. *Journal of Democracy*.

Popovic, S., 2015: Blueprint for revolution: How to use rice pudding, Lego men, and other nonviolent techniques to galvanize communities, overthrow dictators, or simply change the world.



SOPHIA MCCLENNEN

ist Professorin für Internationale Angelegenheiten und Vergleichende Literaturwissenschaft an der Penn State University und Gründungsdirektorin des Center for Global Studies.

sophia.mcclennen@gmail.com



SRDJA POPOVIC

ist Gründer des Center for Applied Nonviolent Action and Strategies (CANVAS) sowie Dozent am Colorado College und an der University of Virginia.

X: [@SrdjaPopovic](https://twitter.com/SrdjaPopovic)

AUTORITÄRE REGIME

„Humor hilft, die Angst zu überwinden, die eine Diktatur erzeugt“

Der im französischen Exil lebende Mana Neyestani ist einer der bekanntesten politischen Karikaturisten Irans. Im Interview spricht er über Gedankenfreiheit, rote Linien und warum politische Satire in autoritären Ländern besonders wichtig ist.

MANA NEYESTANI IM INTERVIEW MIT EVA-MARIA VERFÜRTH

Illustration: Mana Neyestani



Karikatur des iranischen Künstlers Mana Neyestani.

Mana Neyestanis Leben ist nicht immer so verlaufen, wie er es sich gewünscht hätte: 2006 führte eine seiner Kinderkarikaturen in Iran zum Eklat, er kam in das berüchtigte Evin-Gefängnis. Nach drei Monaten Haft floh er aus Iran und gelangte über Malaysia nach Frankreich, wo er Asyl erhielt. Er zeichnet weiterhin Karikaturen über das Leben in Iran, aber auch über Exil und Migration. Über Social Media verbreitet er seine Kunst weltweit: Fast eine Million Menschen folgen ihm auf Instagram.

„Demokratie ist fragil und muss Tag für Tag verteidigt werden.“

Mana, Sie sagten einmal, dass Sie eigentlich unpolitisch sind – aber Sie sind einer der berühmtesten Karikaturisten Irans. Wie sind Sie ein politischer Mensch und Künstler geworden?

Kultur und Kino interessieren mich tatsächlich mehr. Aber ein Land wie Iran macht dich unweigerlich politisch. Das totalitäre religiöse Regime kontrolliert alles, sogar jeden Aspekt des Privatlebens. Ich finde, die wichtigste Aufgabe selbst des unpolitischsten Künstlers ist es, frei zu denken. Aber in einer Diktatur, besonders in einer religiösen, wird freies Denken zu einem Verbrechen und zu einer Form politischen Widerstands.

Sie leben nun in Frankreich, und Ihre Kunst ist weiterhin politisch.

Mit der Zeit habe ich begriffen, dass es auch in entwickelten, freien und demokratischen Ländern politisches Bewusstsein braucht. Demokratie ist fragil und muss Tag für Tag verteidigt werden.

Sie waren Karikaturist in einem Land mit einem repressiven Regime, nun sind Sie Geflüchteter in einem anderen Land. Betrifft Sie die Zensur des Regimes noch?

In Iran war das Regime hauptverantwortlich für Zensur und Repression. Zu Beginn meiner Karriere war es nicht möglich, politische Karikaturen so offen und direkt zu zeichnen wie in westlichen Medien. Meine Arbeit bestand überwiegend aus Symbolen und Metaphern. Bis heute zeichne ich Dinge, die Iran betreffen. Aber die Mechanismen von Druck

und Zensur sind komplexer geworden. Die Cyberarmee des iranischen Regimes und verschiedene Onlinegruppen machen koordinierte Angriffe, betreiben Rufmord, belästigen und schüchtern ein, um diejenigen zu unterdrücken, deren Meinungen ihnen missfallen.

Sie befassen sich mit Themen wie Unterdrückung, Gewalt und Zensur. Welche Rolle hat Humor angesichts von Unterdrückung?

Humor erleichtert es etwas, die Realität zu verkraften. Er ist auch ein psychologisches Mittel, um die Angst zu überwinden, die Diktatur und Unterdrückung erzeugen. Mit Humor kann man leicht Scheinheiligkeit entlarven und die Illusion von Größe zerstören.

Gibt es rote Linien oder Themen, die Sie nicht karikaturistisch aufgreifen würden?

Ich möchte mich nicht von roten Linien leiten lassen. Aber da ich in einem Land mit vielen strengen roten Linien aufgewachsen bin, sitzen einige dieser Tabus tief in meinem Unterbewusstsein fest. Selbstzensur ist nicht einfach abzuliegen. Religion, besonders die heiligen Aspekte des Islam, bleibt die größte rote Linie. Auch aufgrund dessen, was den Karikaturist*innen von Charlie Hebdo mitten in Paris, der sogenannten Wiege der Demokratie, widerfahren ist.

„In einer Diktatur, besonders in einer religiösen, wird freies Denken zu einem Verbrechen und zu einer Form des politischen Widerstands.“

Sie haben erlebt, wie brisant die Veröffentlichung eines einfachen Cartoons werden kann: dass er ganz anders ausgelegt werden kann als gewollt. Ihre Karikatur über eine Kakerlake löste eine Kontroverse und Unruhen unter den Azeris aus, den Aserbaid-schanisch sprechenden Iraner*innen. Hat das Ihre Arbeit verändert, sind Sie vorsichtiger geworden?

Das hat sich gewiss unterbewusst ausgewirkt. Aber wenn wir die Empfindlichkeiten verschiedener gesellschaftlicher Gruppen berücksichtigen und ihre Reaktionen vorhersagen wollen – was unmöglich ist – bleibt wenig übrig, was sich persiflieren lässt, und es lähmt Karikaturist*innen.

Das Internet in Iran ist zensiert. Wie erreichen Sie die Menschen dort, und welches Feedback bekommen Sie?

Die Menschen in Iran nutzen VPNs und andere Umgehungstools, um meinen Instagram-Kanal und andere Social-Media-Plattformen zu besuchen. Sie kommentieren, manche schicken Direktnachrichten. Einige befürworten, was ich tue, andere nicht. Natürlich lehnen die Regierungsanhänger*innen meine Karikaturen ab.

Haben Sie Kontakt zu anderen iranischen Satiriker*innen?

Ja, über Social Media. Leider ist es sehr schwer für sie in Iran – nicht nur aus Sicherheitsgründen und wegen fehlender Meinungsfreiheit, sondern auch wirtschaftlich. Viele der talentiertesten Karikaturist*innen sind in Branchen gewechselt, in denen man mehr verdient, etwa in die Werbebranche.

Es war nicht leicht für Sie, nach Europa zu gelangen. Nach Ihrer Flucht nach Malaysia bestand die Gefahr, dass Sie wieder nach Iran abgeschoben werden. Mit Unterstützung von „Reporter ohne Grenzen“ konnten Sie nach Frankreich gehen, wo Sie jetzt Mitglied von ICORN sind, dem internationalen Netzwerk „Cities of Refuge“. Wie können internationale Zusammenarbeit und NGOs verfolgte Satiriker*innen unterstützen?

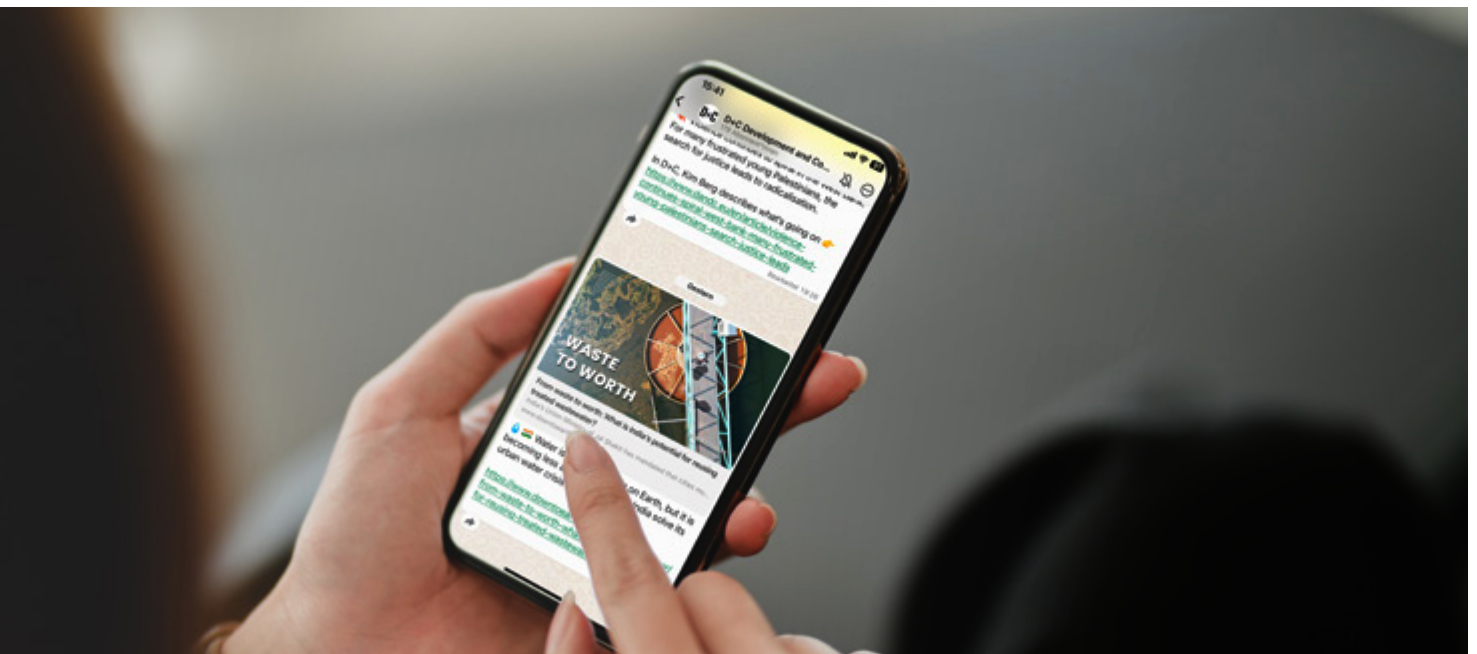
Das ist keine einfache Frage. Für die Unterstützung gefährdeter Karikaturist*innen und Satiriker*innen – wie auch für andere Verfolgte – sollten vor allem die westlichen Regierungen Verantwortung übernehmen, da sie Visa ausstellen und Asyl gewähren können. Wie hilfreich NGOs sind, hängt davon ab, wie groß ihr Einfluss auf diese Regierungen ist. ICORN ist eine der effektiveren Organisationen, da sie eng mit den Stadtverwaltungen von Großstädten zusammenarbeitet.



MANA NEYESTANI

ist ein iranischer Karikaturist.

Instagram: @neyestaniman



**Abonnieren Sie E+Z
auf WhatsApp!**

PHILIPPINISCHER HUMOR

„Joke lang!“ – „Nur ein Witz!“

*Von den TV-Shows der 1980er-Jahre bis hin zu Twitter: Politischer Humor ist auf den Philippinen Waffe und Ventil. Manche Politiker*innen machten sich das zunutze, andere reagierten mit strengen Gesetzen.*

VON ANGELO R. LACUESTA

Im Jahr 2012 wurde ein Twitter-Account mit dem Namen @iamethylgabison aktiviert und erlangte schnell große Popularität. Der Name bezieht sich auf den Klarnamen der philippinischen Komikerin und Sängerin Ethel Booba. Eine Zeitlang deutete alles darauf hin, dass Booba selbst hinter dem Account steckte, doch später distanzierte sie sich unter mysteriösen Umständen davon. Wie Booba selbst wurde der Account inszeniert als eine freche, talentierte junge Frau mit scharfsinnigem Humor. Er postete Beiträge wie diesen: **„Frage: Wer kam zuerst, das Ei oder das Huhn? Ich: Der Bürgermeister sollte immer zuerst kommen. Charot!“**

Der Begriff „Charot“ stammt aus der homosexuellen Subkultur der Philippinen, ist aber längst im Mainstream angekommen. Er entspricht der Phrase „Joke lang!“ („Nur ein Witz!“), die auf den Philippinen weit verbreitet ist. Sie dient dazu, das gerade Gesagte schnell zurückzunehmen – eine Art Pseudo-Entschuldigung für etwas, das eigentlich halb oder sogar ganz ernst gemeint ist. Auf den Philippinen gibt es mehr als 170 Sprachen; die Amtssprachen sind Filipino und Englisch.

Die Verwendung von „Charot“ wurde zum Markenzeichen von Ethel Booba. Im Jahr des Amtsantritts von Präsident Rodrigo Duterte, 2016, veröffentlichte die Komikerin ein Buch, das die Tweets von @iamethylgabison zusammenfasste unter dem Titel „#Charotism: the wit and wisdom of Ethel Booba“.

„Inmitten der Covid-19-Pandemie wurde Social Media auf den Philippinen zu einem virtuellen politischen Schlachtfeld. Der Hintergrund war sehr real, gewalttätig und auch tragisch.“

Während die Duterte-Regierung ihre Macht ausbaute und die Pandemie ausbrach, wurden die Tweets immer witziger und der Ton immer dreister. Der Account kritisierte etwa die Regierung dafür, dass sie das damals größte private Nachrichtenunternehmen ABS-CBN möglichst schnell schließen wollte und lieferte sich dazu Twitter-Wortgefechte mit einem bekannten Pro-Duterte-Blogger. @iamethylgabison thematisierte auch, dass die Vizepräsidentin Leni Robredo – die von der Opposition unterstützt wurde und diese repräsentierte – von einer Troll-Armee auf Social Media schikaniert wurde. Einer ihrer Tweets kann so interpretiert werden, dass er auf eine orchestrierte digitale Kampagne gegen die Opposition hinweist.

Inmitten der Covid-19-Pandemie wurde Social Media auf den Philippinen zu einem virtuellen politischen Schlachtfeld. Der Hintergrund war sehr real, gewalttätig und auch



Foto: dpa / zumapress.com / Zedrich Xylak Madrid

Proteste gegen den ehemaligen Präsidenten Rodrigo Duterte und Senator Ronald „Bato“ Dela Rosa in Manila im März nach Dutertes Verhaftung.

tragisch: der Terror und die Gewalt des sogenannten Krieges gegen die Drogen, den Präsident Duterte ausgerufen hatte und der sich als Krieg gegen kleine Drogenhändler*innen und -konsument*innen entpuppte. Schätzungen zufolge wurden Zehntausende ohne Gerichtsverfahren umgebracht. Hinzu kamen die Dringlichkeit und die Unsicherheiten der Pandemie, die auch viele politische Kontroversen und Korruption mit sich brachte.

Der Internationale Strafgerichtshof erließ Haftbefehl gegen Duterte, und der Ex-Präsident wurde im März in Manila festgenommen. Dies führte auf Social Media zu einem regelrechten Krieg zwischen Dutertes Befürworter*innen und Gegner*innen. Als eine der wirksamsten Waffen erwies sich der philippinische Witz, dem die Menschen etwa auf Facebook freien Lauf ließen.

TRADITION POLITISCHEN HUMORS AUF DEN PHILIPPINEN

Vor den Zeiten des Internets funktionierte der philippinische Witz vor allem live. Stand-up-Comedians wie Willie Nepomuceno und Nanette Inventor brachten das Publikum in Hotel-Lounges und TV-Shows zum Lachen, indem sie vernichtende politische und gesellschaftliche Kommentare abgaben oder treffsicher – manchmal auch spontan –

hochrangige Persönlichkeiten imitierten. Willie Nepomuceno, der 2023 im Alter von 75 Jahren starb, war für viele der führende Imitator des Landes: Seine Karriere umfasste fünf männliche philippinische Präsidenten: von Ferdinand Marcos (der Vater des derzeitigen Präsidenten) bis Rodrigo Duterte. Er imitierte sie alle auf unnachahmliche Weise und zog sie kunstvoll durch den Kakao.

Nach der gewaltlosen Revolution von 1986 löste die Regierung unter Präsidentin Corazon Aquino den Diktator Marcos ab. Während ihrer Amtszeit füllte eine TV-Show namens „Sic o’Clock News“ ihre 30-minütige Sendung mit Sketchen und Imitationen, präsentiert als Korrespondentenberichte und Interviews in einer fiktiven Nachrichtensendung. Die Sendung persiflierte Kongressabgeordnete und die neue Regierung aufs Schärfste. Sie nahm in ihren Sketchen kein Blatt vor den Mund und kritisierte sogar die eigenen Sponsoren. Sie zeigte somit auch, dass die Aquino-Regierung bereit war, sich auf den Arm nehmen zu lassen. Das war gelebte Meinungsfreiheit – im Gegensatz zur vorhergehenden Diktatur.

WER BELEIDIGT IST, VERLIERT

Eine strenge Verfolgung mussten die Komiker*innen damals nicht fürchten. Wie in vielen anderen Teilen der Welt,

„In den 1980er- und 1990er-Jahren herrschte auf den Philippinen die Grundeinstellung „pikon-talo“, was grob übersetzt so viel bedeutet wie „wer beleidigt ist, verliert das Spiel“.“

fällt die Parodie auf den Philippinen unter „Fair Use“. Diese Norm erlaubt es in bestimmten Fällen, eigentlich urheberrechtlich geschütztes Material ohne Genehmigung zu verwenden. In den 1980er- und 1990er-Jahren herrschte auf den Philippinen zudem die Grundeinstellung „pikon-talo“, was grob übersetzt so viel bedeutet wie „wer beleidigt ist, verliert das Spiel“. Das verhalf Komiker*innen zu einer Art Straffreiheit – machte sie aber auch in gewisser Hinsicht zu Kompliz*innen. Vorgeblich korrupte Politiker*innen konnten behaupten, die Kritik sei in der Tat „nur ein Witz“.

Einige kluge Politiker*innen rückten sogar Parodien auf sich selbst ins Rampenlicht. Berühmt wurde der Fall der Transgender-Frau Ate Glow, die ihren Lebensunterhalt damit verdiente, die damalige Präsidentin Gloria Macapagal Arroyo zu imitieren. Sie trat schließlich bei Wahlkampfveranstaltungen für Arroyo auf, als diese 2004 für eine volle Amtszeit kandidierte. Obwohl Arroyo sie anfangs nie offiziell engagierte, war ihre Popularität so stark gestiegen, dass die Präsidentin sie später zur Repräsentantin der Anti-Drogen-Kampagne der Regierung erkor.

VERSCHÄRFTE GESETZE

Im Jahr 2012 führte die Regierung unter Präsident Benigno Aquino III. ein Gesetz zur Verhinderung von Cyberkriminalität ein. Seither kann Verleumdung auf Social Media mit Geldstrafe, zivilrechtlichen Schadenersatzansprüchen oder bis zu zwölf Jahren Haft geahndet werden. Dies machte Online-Persönlichkeiten zu leichten Zielen für dünnhäutige Politiker*innen – und für jene, die die Macht der sozialen Medien verstanden.

Gleichwohl blieb der kunstvolle Witz ein mächtiges Werkzeug auf Social Media. Er reißt soziale und wirtschaftliche Grenzen ein, dient aber auch der Abgrenzung. So gut wie alles kann zur Zielscheibe des komödiantischen Vergnügens werden – von Prominenten bis hin zu bekannten Marken und Unternehmen. Zig Millionen Philippiner*innen sind beispielsweise auf Facebook und verbreiten dort fleißig lustige Memes.

Der philippinische Humor, der die Menschen durch schwierige politische Zeiten hindurch begleitet hat, blüht im digi-

talen Zeitalter weiter auf, wie das Beispiel von @iamethylgabison zeigt. Dass sich Ethel Booba allerdings von dem Account distanziert hat und er abrupt dauerhaft stillgelegt wurde, erinnert an das Ende der TV-Show „Sic o’Clock News“ nicht einmal vier Jahre nach ihrem Start im Jahr 1987. Ihr gingen die Sponsoren und Werbekunden aus – sie hatte sie mit ihren politischen und sozialkritischen Inszenierungen, Gags und Pointen vergrault und wurde so zum Opfer ihres eigenen erfolgreichen Humors. So hatte sie eines bewiesen: In einem Land, in dem Humor eine Waffe und ein Ventil ist, kann die reale Welt genauso absurd sein wie eine Comedy-Nummer.

Illustration: stockadobe.com



ANGELO R. LACUESTA

ist philippinischer Schriftsteller, Drehbuchautor und Präsident von PEN Philippinen.

sargelacuesta@gmail.com

SATIRE UND JOURNALISMUS

„Kritik an dem, was herrscht, verpackt in Süßigkeiten“

Echte und scheinbare Seriosität trennen journalistische und satirische Arbeit, wobei letztere die Schlüsse ersterer hinterfragen muss, sagt Tim Wolff, Herausgeber der Satirezeitschrift Titanic, im E+Z-Interview. Und prognostiziert: Für beide wird die Luft dünner.

TIM WOLFF IM INTERVIEW MIT KATHARINA WILHELM OTIENO

Wie definieren Sie die Grenze zwischen Satire und Journalismus – was kann und darf die eine Disziplin, was die andere? Wie beeinflussen und ergänzen sie sich gegenseitig?

Satire, möchte ich behaupten, ist die Kunstform eines menschlichen Bedürfnisses: die Ernsthaftigkeit des Seins nicht einfach sein zu lassen. Was ist, was herrscht, was einem ins Leben regiert, muss auch einmal hinterfragt, verlacht und gelegentlich sogar beleidigt werden.

Dass Satire und Journalismus so nah beieinander erscheinen, dürfte daran liegen, dass wir – noch – die Welt und die Mächte darin über Journalismus wahrnehmen. Darum sind fast alle modernen Formen der Satire nah an Formaten journalistischer Vermittlung, von der Zeitungsglosse bis zur „Daily Show“. Satire ist auch immer Parodie der herrschenden Informationsvermittlung. Insofern sind die Grenzen fließend und auch abhängig von der Medienkompetenz des Publikums.

Journalismus will – im besten Fall – jede Detailinformation seriös und mehrfach überprüft vermitteln, Satire will mit den Mitteln der Komik und Kritik infrage stellen, welche Schlüsse wir aus diesen Informationen ziehen. Das eine strebt zur Ordnung, das andere dagegen.

Andererseits: Satire gibt es nicht ohne journalistische Vorarbeit, weil Satire immer Reaktion ist. Insofern ist Satire strukturell auch konservativ, weil alles, was neu ist, erst einmal skeptisch betrachtet wird, während Journalismus sich schneller auf neue Sachlagen einzustellen vermag. Daher ist das Verhältnis zwischen beiden ein gutes Mittel, mit den Widersprüchen der Welt umzugehen – ohne zu mehr als Zwischenergebnissen zu kommen. Das einzig wirklich Trennende zwischen Journalismus und Satire scheint mir zu sein: Journalismus ist, wenn richtig gemacht, seriös, Satire, wenn richtig gemacht, scheinbar seriös. Will man beides vereinen, liegt die Gefahr eines Missverständnisses, was ernst und was nicht ernst gemeint ist, näher.

Foto: Titanic



Eine Titelseite des Satiremagazins „Titanic“ aus dem Jahr 2017.

Wie schafft man die Balance zwischen Unterhaltung und Information?

Mit sehr viel Arbeit. Immer wieder Nähe und Distanz zum eigenen Text entwickeln, bis er weder das eine noch das andere gefährdet.

Sie sind nicht nur Herausgeber der Titanic, sondern arbeiten in verschiedenen Medien und Formaten wie dem ZDF Magazin Royale, haben ein Buch („Best of Sapiens“) und einen Fernsehfilm („Hallo Spencer – der Film“) geschrieben. Wie unterscheiden sich Ihre Herangehensweisen für unterschiedliche Plattformen, und welche Herausforderungen ergeben sich dabei?

Satire und Komik müssen sich immer des Umfelds bewusst sein, in dem sie erscheinen. Man muss wissen, wo man veröffentlicht. Ansonsten unterscheidet sich gesprochener Text von Schrifttext nur darin, dass man sich mit der Person arrangieren muss, die ihn präsentiert. Das gilt sogar dann, wenn man selbst der Präsentator ist.

In Zeiten von Fake News und Desinformation: Wie kann Satire dazu beitragen, Medienkompetenz zu fördern und das kritische Denken der Öffentlichkeit zu stärken?

Indem sie das hochhält, was ihr Kern ist: Kritik an dem, was herrscht, verpackt in Süßigkeiten. Wobei weder die Kritik noch die Verpackung stets hochwertig sein müssen; kluge Dummheit ist oft am unterhaltsamsten. Was aber immer wieder mühsame Arbeit bedeutet: herauszubekommen, was tatsächlich herrscht. Und sei es nur das gemeinsame Wissen, das im virtuellen oder realen Raum vorherrscht, den man bespielt. Das wird in Zeiten von Fake News und Desinformation, aber auch schon aufgrund der Fragmentierung der Informationsvermittlung durch individualisierte Nachrichten schwieriger. Satire erscheint manchen heute wie der bessere Journalismus, weil die Seriosität des Journalismus kompromittiert ist durch Eile, mangelnde Gegenkontrolle und (unternehmerische) Parteilichkeit. Seriöse Satiriker*innen geben diese Mühe aber nicht auf.

In vielen Ländern des globalen Südens sind Presse- und Meinungsfreiheit eingeschränkt. Welche Rolle kann politische Satire in solchen Kontexten spielen?

Mit Satire kann man sagen, was ist, ohne zu sagen, was ist. Das ist sicherlich ein gutes Mittel, die Last der Unterdrückung zu mildern. Allerdings sagt meine Erfahrung: Satire kann Trost bieten, aber mit Satire verändert man wenig mehr als die Haltungen von ein paar Wenigen. Tatsächliche Veränderung verträgt sich nicht mit Ironie, jedenfalls nicht im Wesentlichen.

Wie beurteilen Sie die Lage der Presse- und Meinungsfreiheit in der westlichen Welt?

Satire unterliegt in der sogenannten westlichen Welt dem, was in der Kritischen Theorie „repressive Toleranz“ heißt: Sie ist geduldet, weil sie als Ausweis von Meinungsfreiheit gilt. Obendrein erschöpft sie sich in heiterer Kritik, die wenig bis gar nichts ändert, aber im besten Falle suggeriert, mit der Kritik sei schon etwas geändert.

Problematisch – vor allem für sich selbst – wird Satire nur, wo sie an die Geschäftsgrundlage der Hand geht, die sie füttert. Deswegen kann der amerikanische Komiker Jon Stewart bei AppleTV nicht über Produktionsbedingungen in China reden, aber in der „Daily Show“. Doch möchte ich behaupten: Das wird sich auch noch ändern, wenn der auf fossilen Industrien basierende Kapitalismus in einen fossilen Faschismus übergegangen sein wird – wie es allen voran in den USA gerade probiert wird.

Angesichts globaler digitaler Vernetzung: Wie beeinflussen soziale Medien Ihre Arbeit, und welche Chancen und Gefahren sehen Sie dabei für Satiriker*innen und Journalist*innen weltweit?

Soziale Netzwerke sind Orte neuen Verständnisses und großer Missverständnisse. Man kann Perspektiven kennenlernen, die man in der Geschwindigkeit ohne soziale Netzwerke nie wahrgenommen hätte – und damit auch Klischees und Verinnerlichtes reflektieren. Da wirken soziale Netzwerke im besten Falle aufklärerisch. Denn gerade Komik arbeitet mit der Reproduktion von Ressentiments. Und wenn das potenzielle Publikum ein größeres und diverseres ist, muss man sich in seinen Methoden überprüfen. Die Gefahr dabei, wenn Komik Grenzen überschreitet, ist aber das kulturelle Missverständnis, das spätestens seit den Mohammed-Karikaturen und dem Anschlag auf Charlie Hebdo auch gewalttätig enden kann. Über gewisse Grenzen hinweg ist nicht immer vermittelbar, was eigentlich mit der uneigentlich auftretenden Komik gemeint ist, beziehungsweise gemeint sein könnte.



TIM WOLFF

ist ein deutscher Satiriker und Journalist.

euz.editor@dandc.eu

EXTREME RECHTE

Wenn Humor zur Waffe wird

Schon lange nutzt die extreme Rechte Humor und Ironie für ihre Ziele. Im Social-Media-Zeitalter sind sie damit besonders erfolgreich: Wenn Hass in Satire, Fremdenfeindlichkeit in Ironie und Faschismus in Witze verpackt werden, kann die Gesellschaft nicht mehr wirksam darauf reagieren – und rechtsextreme Ideologie wird salonfähig.

VON MIRCO GÖPFERT UND KONSTANZE N'GUESSAN



Foto: dpa / ASSOCIATED PRESS / Jose Luis Magana

Im Februar schenkte Argentiniens Präsident Javier Milei Elon Musk eine „Kettensäge gegen die Bürokratie“, und Musk rief: „I am become meme!“ – „Ich bin ein Meme geworden!“

Es geschah im Januar 2025, während der feierlichen Amtseinführung von US-Präsident Donald Trump: Bei seiner Feierrede machte Trumps Freund und Berater Elon Musk eine Geste, die dem Hitlergruß zumindest sehr ähnlich war – und löste damit eine hitzige Debatte im Internet aus. Die einen warfen ihm vor, bewusst den rechtsextremen Nazi-Gruß gemacht zu haben, was andere als Fehlinterpretation abtaten. Musk reagierte mit einer Reihe von Wortspielen zu prominenten Nationalsozialisten, was die Diskussion nur noch weiter anheizte.

Etwas zur gleichen Zeit führten in Deutschland die Mitglieder der rechtsextremen Partei Alternative für Deutschland (AfD) den Slogan „Alice für Deutschland“ ein, mit dem sie für ihre Spitzenkandidatin Alice Weidel warben. Dieser Wahlspruch hat eine beunruhigende Ähnlichkeit mit dem nationalsozialistischen SA-Slogan „Alles für Deutschland“, was darauf hindeutet, dass hier bewusst nationalistische Gefühle geweckt werden sollen.

In Frankreich ging der mit künstlicher Intelligenz generierte Song „Je partirai pas“ („Ich gehe nicht“) auf TikTok viral, der mit rechtsextremen Botschaften gegen Migration gespickt ist. Über einen Videoclip, in dem jemand gegen Abschiebungen protestiert, wurden sanfte Melodien und harsche, fremdenfeindliche Texte gelegt. Der Clip wurde zur inoffiziellen Wahlkampfhymne von Jordan Bardella, dem Vorsitzenden der rechtspopulistischen Partei „Rassemblement National“ aus Frankreich. Bardella hat auf TikTok mehr als 2 Millionen Follower*innen.

Auf jeden dieser Vorfälle folgte eine vorhersehbare Reaktionskette: Empörung, Leugnung und dann Ablenkung. Musk tat die Kritik an seiner Geste als humorlose Überreaktion ab. AfD-Anhänger*innen behaupteten, die Nazi-Anspielung in ihrem Slogan sei reiner Zufall. Das Lied „Je partirai pas“ wurde als kulturelle Adaption und nicht als Propaganda dargestellt. Betrachtet man diese Fälle jedoch zusammen, ergibt sich ein klares Muster: Humor und Ironie werden von der extremen Rechten strategisch eingesetzt.

TABUBRUCH DURCH LACHEN

Rechtsextreme Bewegungen wissen seit Langem, dass Tabubrüche Aufmerksamkeit erregen und gesellschaftliche Normen verändern können. Im digitalen Zeitalter ist Humor zu einem wichtigen Teil dieser Strategie geworden. Witze dienen als Schutzschild: Bei Kritik und Gegenwind können die Urheber*innen einfach behaupten, es sei „nur ein Scherz“ gewesen. Diese Taktik nennt man „Edgeling“: Unter dem Deckmantel des Humors werden provokante, grenzüberschreitende oder beleidigende Aussagen

gemacht, was extreme Argumente verbreitet und legitimiert. Das Beispiel Elon Musks zeigt, wie selbst prominente Persönlichkeiten diese Taktik nutzen.

Zuletzt sind explizite Hassparolen als „Witze“ getarnt vielerorts wieder salonfähig geworden. Ein Paradebeispiel dafür ist der umgedichtete Refrain von Gigi d'Agostinos Eurodance-Hit „L'Amour Toujours“, der ab Ende 2023 auf TikTok kursierte. Im Mai ging ein Video viral, das eine Gruppe junger, gut situerter Partygänger auf Sylt zeigte, wie sie die Parole „Ausländer raus, Deutschland den Deutschen“ dazu skandierte. Das Video löste eine Welle der Empörung aus. Dennoch hatte der Vorfall keineswegs eine abschreckende Wirkung, im Gegenteil: Er befeuerte die Meme-gewordene rassistische Parole nur weiter. Der Slogan stammt aus der Neonazi-Szene der 90er-Jahre, er wurde seiner historischen Bedeutung beraubt und in einen Mitmachwitz verwandelt – offener Rassismus als unterhaltsamer Social-Media-Clip. Der „Sommerhit“, wie manche Medien titelten, lief auf Volksfesten und Partys. Humor kann Rassismus in Normalität verwandeln: Hassrede wird weniger drastisch wahrgenommen, wenn sie lustig ist.

Diese Normalisierung von Hass durch Humor ist nicht auf Deutschland beschränkt. In Indien verbreiten hindu-nationalistische Gruppen Memes, um auf WhatsApp anti-muslimische Stimmungen zu normalisieren und exkludierende Politik als harmlose Satire zu tarnen. Politische Parodielieder, die Oppositionsführer verspotten und gleichzeitig Premierminister Narendra Modi glorifizieren, spielen eine zentrale Rolle bei der Etablierung nationalistischer Rhetorik.

„Wenn Hass in Satire, Fremdenfeindlichkeit in Ironie und Faschismus in Witze verpackt werden, kann die Gesellschaft nicht mehr wirksam darauf reagieren.“

In Brasilien setzt der ehemalige Präsident Jair Bolsonaro selbst Humor gezielt als Schutzschild ein. Ein Beispiel ist sein berüchtigter „golden shower“-Tweet, mit dem er sich über LGBTQ+-Rechte und linke Kulturbewegungen lustig

machte. Ähnlich wie beim deutschen Eurodance-Remix-Skandal wandeln auch Bolsonaros Anhänger*innen populäre Songs in rechtsextreme Hymnen um und nutzen Unterhaltung, um extremistische Narrative zu verbreiten. Indem sie Rassismus in Humor kleiden, erschweren extremistische Gruppen es Kritiker*innen, deren Bigotterie wirksam anzuprangern, ohne übermäßig sensibel oder humorlos zu wirken.

METAPOLITIK: ERST DIE KULTUR, DANN DIE POLITIK

Es ist kein Zufall, dass die extreme Rechte ihre radikalen Ideen so erfolgreich durch Humor verbreitet. Dahinter steht das Konzept der „Metapolitik“, das die europäische extreme Rechte der Nachkriegszeit unter Rückgriff auf die Ideen des marxistischen Philosophen Antonio Gramsci entwickelte. Metapolitik zielt darauf ab, den öffentlichen Diskurs zu beeinflussen – durch Sprache, Bildung und (Pop)-Kultur – und darüber neu zu definieren, was gesellschaftlich akzeptabel ist. Neurechte Denker wie Alain de Benoist in Frankreich, Armin Mohler und Götz Kubitschek in Deutschland wollten eine rechtsextreme Ideologie schaffen, die sich vom gewalttätigen Neonazismus distanzierte und gleichzeitig nationalistic und fremdenfeindliches Gedankengut verbreitete. Durch Metapolitik wollten sie die Kontrolle über die Herzen und Köpfe der Menschen erlangen.

Auch heute versuchen rechtsextreme Aktivist*innen, die öffentliche Debatte und Kultur zu beeinflussen. Im digitalen Zeitalter ist Humor dafür zentral. Von europäischen Identitären bis hin zu Trollen wie Milo Yiannopoulos, einem ehemaligen Redakteur der rechtsextremen „Breitbart News“, oder Andrew Anglin, dem Gründer und Herausgeber der neonazistischen Website „Daily Stormer“ – sie alle haben sich die Internetkultur zu eigen gemacht, um ihre Ideologie zu verbreiten.

„Rassistische Verunglimpfungen [...] sollten scherzhaft daherkommen – wie ein rassistischer Witz, über den jeder lacht, weil er wahr ist“, schreibt Andrew Anglin in seinem Artikel „A Normie’s Guide to the Alt Right“. Memes, Slogans und Ironie machen extremes Gedankengut attraktiver. Sie animieren Menschen dazu, mitzulachen und weiterzubreiten – selbst dann, wenn sie der Aussage nicht gänzlich zustimmen. Mit der Zeit verschiebt sich so das Overton-Fenster: das Set an Aussagen und Ideen, die als gesellschaftlich akzeptabel angesehen werden.

DIGITALE POPKULTUR UND VIRALITÄT

Die Social-Media-Plattformen haben den Erfolg dieser Strategie noch verstärkt. Wenn Memes viral gehen, verbreitet sich deren Botschaft weit über das ursprüngliche Publikum hinaus. Je öfter eine Aussage wiederholt wird – sei es

im Scherz, aus Empörung oder als beiläufige Erwähnung –, desto stärker wird sie Teil der Digitalkultur. Das hat erhebliche Auswirkungen auf die reale Welt: Viele der jungen Leute, die auf Sylt rassistische Parolen sangen, würden sich selbst wohl nicht als Extremist*innen bezeichnen. Dennoch waren sie Teil einer Kultur des „Spaßrassismus“, die in den sozialen Medien gezielt kultiviert wird. Gleiches gilt für diejenigen, die beiläufig rechtsextremen Humor teilen und ihn für harmlos halten. Was als schräger Witz beginnt, kann sich zu einer ideologischen Überzeugung entwickeln.

„Die große Reichweite kontroverser Memes auf TikTok, Telegram und X zeigt, wie schnell sich extremistische Inhalte verbreiten können, wenn sie in Ironie verpackt werden.“

Memes, Slogans und andere Formen der digitalen Popkultur dienen häufig als Experimentierfeld für extremistisches Gedankengut. Ziel ist es, radikale Inhalte auf eine Art und Weise zu verbreiten, die locker und akzeptabel erscheint. Wenn rassistische Stereotype immer wiederholt werden, auch wenn es „im Scherz“ geschieht, bestätigt dies letztlich die Stereotype. Die große Reichweite kontroverser Memes auf TikTok, Telegram und X zeigt, wie schnell sich extremistische Inhalte verbreiten können, wenn sie in Ironie verpackt werden.

In unserer vernetzten Welt bleiben solche Inhalte nicht im Internet, sondern werden offline wirksam. Auf der Conservative Political Action Conference (CPAC) 2025 in Washington überreichte Argentinien Präsident Javier Milei Elon Musk seine „Kettensäge gegen die Bürokratie“. Nachdem er Mileis ikonische Wahlkampfgeste – das Schwingen der Kettensäge – nachgeahmt hatte, rief Musk aus: „I am become meme!“ – „Ich bin ein Meme geworden!“

DER RECHTE COMEDY-KOMPLEX

Humor und Politik waren schon immer eng miteinander verbunden, aber heute verschwimmen die Grenzen zwischen Scherz und ernsthaften politischen Botschaften

zunehmend. Tricksterähnliches Verhalten, bei dem Ironie, Trolling und Schadenfreude die politische Debatte ersetzen, verändert die Art und Weise, wie Politik funktioniert.

Die Forscher Matt Sienkiewicz und Nick Marx schreiben von der Entstehung eines „rechten Comedy-Komplexes“, in dem reaktionäre Stand-up-Comedians, satirische Websites und Podcasts gemeinsam die Grenzen des Sagbaren erweitern. Sie verändern Politik auf mindestens zwei Arten: Erstens mobilisieren sie Menschen, denn Ironie animiert mitzumachen. Und zweitens verschieben sie die Grenzen dessen, was öffentlich gesagt werden kann, ohne dass es zu einem Aufschrei kommt. Der Wissenschaftler Raúl Pérez enthüllt in „The souls of white jokes“ diese bössartige Seite des Humors. Wenn Hass in Satire, Fremdenfeindlichkeit in Ironie und Faschismus in Witze verpackt werden, kann die Gesellschaft nicht mehr wirksam darauf reagieren.

WAS NUN – WAS TUN?

Empörung reicht nicht, wenn man rechtsextremem Humor begegnen will. Moralische Entrüstung kann Rechts-extremen sogar in die Hände spielen – so können sie sich als Opfer und Rebellen aufspielen. Wichtig sind stattdessen Medienkompetenz, strategische Gegenrede und Plattformregulierung:

- Das Online-Publikum, insbesondere junge Menschen, muss darüber aufgeklärt werden, dass Humor und Memes strategisch politisch genutzt werden.
- Gegen-Memes und Satire können die Absurdität extremistischer Botschaften aufdecken und lächerlich machen.
- Medienunternehmen müssen anerkennen, dass ihre Algorithmen schädliche Inhalte verbreiten, und Maßnahmen ergreifen, um extremistische Netzwerke zu zerschlagen. Die kürzlich von den großen Social-Media-Unternehmen angekündigten Schritte – etwa, dass Meta die Zusammenarbeit mit Faktencheck-Teams einstellt – gehen jedoch genau in die entgegengesetzte Richtung.

Humor in der Politik lotet aus, was gesellschaftlich akzeptabel ist. Denn Witze sind nie nur Witze – sie prägen die Art und Weise, wie wir die Welt sehen, und manchmal verändern sie sie auch. Rechtsextreme Akteure nutzen Humor, um ihre Agenda voranzutreiben. Deshalb ist es wichtig, wachsam zu bleiben und nicht nur den Inhalt von Witzen zu hinterfragen, sondern auch die Absicht, die dahintersteckt. Nur so können wir verhindern, dass Humor zum Deckmantel für Hass und Intoleranz wird.

QUELLEN

Göpfert, M., 2022: On dictators and clowns. *Anthropology Today* 38 (3): 22–24. [rai.onlinelibrary.wiley.com/doi/10.1111/1467-8322.12729](https://onlinelibrary.wiley.com/doi/10.1111/1467-8322.12729)

N'Guessan, K., 2024: Only playing? Ethnographic perspectives on ludic fascism in Germany feas.uni-mainz.de/files/2024/09/AP-209_NGuessan_Only-Playing.pdf

Pérez, R., 2022: *The souls of white jokes. How racist humor fuels White Supremacy.* Stanford University Press.

Sienkiewicz, M. und Marx, N., 2022: *That's not funny: How the right makes comedy work for them.*



MIRCO GÖPFERT

ist Professor für Sozial- und Kulturanthropologie an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main.

goepfert@em.uni-frankfurt.de



KONSTANZE N'GUESSAN

ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Ethnologie und Afrikastudien an der Johannes-Gutenberg-Universität in Mainz.

nguessan@uni-mainz.de